Einzel-Nummer 5 Pfennige.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 7, und durch Kolporteure zu bezie en. Preis pro Woche 25 Pfg. „ Monat 1,05 Mk. „ für 3 Monate 3,10 Mk. Durch die Post bezogen 3,10 Mk. frei ins Haus 3,52 Mk., wo keine Post am Orte 3,94 Mk.

Anzeigenpreis beträgt für die einspalt. Kolonelzeile od. deren Raum für Breslau u. Schlesien 35 Pfg., Außerhalb 45 Pfg. Doppelzeile unter Text 1,50 Mk. Ins. für Arbeitsmarkt, Wohnungs-, Verein- u. Versamml.-Anzeigen 30 Pfg. Familien-Nachrichten 25 Pfg. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 8 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 143. Breslau, Freitag, den 22. Juni 1917. 28. Jahrgang.

Sturm in der Schweiz.

Die Kundgebungen in Genf.

Die Affäre Grimm-Hoffmann droht nun doch noch unser kleines, mustergiltig neutrales Nachbarland in eine schwere innere Krise zu stürzen. Obwohl Bundesrat Hoffmann sofort seinen Posten niederlegte, obwohl Grimm als Zimmerwalder Ultra frei von jedem Verdacht der Deutschfreundlichkeit ist und obwohl sogar der Schweizer Gesandte in Petersburg, Odier, infolge des Zwischenfalls abberufen wurde, ist der tiefe schlummernde Haß gegen Deutschland, der in der Westschweiz und in der Südschweiz wie in anderen neutralen Ländern lebt, zum Ausbruch gekommen und hat sich in häßlichen Straßenauftritten geäußert, die zuerst nur jungen Burschen zugeschrieben wurden, die aber doch immer mehr als Zeugnisse der wahren Volksstimmung sich herausstellen. Wenn man stundenlang die deutschen und verbündeten Konsulatsgebäude mit Steinen bewirft, ohne daß die Polizei dagegen viel machen kann, wenn man das Wappen des kaiserlichen Generalkonsuls zerschlägt und den Rahmen in feierlicher Prozession in den Genfer See wirft, wenn man „Nieder mit den Bosches" und „Tod den Spionen" ruft und sogar dem eigenen Landsmann Hoffmann zuruft: „Füsiliert ihn! Ertränkt ihn!" so ist das kaum noch als eine oberflächliche vorübergehende Kundgebung halbwüchsiger Bengel anzusehen. Denn es war eine Versammlung von 15 000 Genfern vorausgegangen, in der ernsthafte Politiker der verschiedensten Parteien gegen Deutschland, gegen die Begünstigung Deutschlands durch die Schweizer Bundesregierung gesprochen hatten und in der man entschieden eine „Neuorientierung" der Bundespolitik nach der Entente zu verlangte. So werden denn auch, nach Telegrammen des „Berliner Tageblattes" aus Zürich, die Ausschreitungen gegen das deutsche Konsulat und ebenso die Unruhen von Lugano, die sich gegen Exkönig Konstantin von Griechenland kehrten und die Ueberreizung des Tessins und der welsch-schweizer Bevölkerung charakterisieren, als der Anfang einer Schweizer Krise angesehen. In der Bundeshauptstadt wächst die Erregung über die Vorfälle. Man reißt sich förmlich um die Extrablätter der Zeitungen. Unter den westschweizerischen Mitgliedern der Bundesversammlung macht sich ebenfalls große Aufregung bemerkbar. Man ergeht sich in diesen Kreisen in Anklagen über die Politik des Bundesrates. In deutsch-schweizerischen Parlamentskreisen ist die Stimmung gedrückt. Man ist in Sorge wegen der Folgen des Zwischenfalls, sowohl nach außen als auch nach innen.

Der deutsche Vertreter in Bern hat die ihm gemachte Meldung sofort beim politischen Departement zur Sprache gebracht und Protest erhoben. Ein amtlicher Bericht hat damals dort noch nicht vorgelegen. In der Annahme, daß der Vorfall sich der Meldung entsprechend zugetragen hat, sprach das politische Departement sein Bedauern aus. Weitere Schritte sind vorbehalten. Das deutsche, österreichisch-ungarische und türkische Konsulat werden Tag und Nacht von der Polizei bewacht.

Die Schweiz sitzt mehr als je zwischen zwei Mühlsteinen, die immer härter auf sie drücken. Der deutsche Vertreter verlangt Genugtuung für die an Landsleuten und Vertretern verübte Unbill, aber jeder Schritt, den die Schweizer Regierung in dieser Richtung tut, bringt die andere Seite auf, steigert die „Genugtuungs-Ansprüche" der Entente-Regierungen wegen des Hoffmann-Telegramms und steigert auch die Aufregung der französisch gesinnten Bevölkerung. So wird das Land in zwei Teile zerklüftet und es wiederholt sich, was eben in Griechenland abgeschlossen wurde. Wir können nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß es den gradsinnigen Schweizer Politikern und Volksführern gelingt, ihre unzweifelhafte Neutralität durch diese Klippen hindurchzuretten. Denn ein Bruch dieser Neutralität würde nie zu unseren Gunsten ausfallen und wenn es gelänge, ein Land wie die Schweiz in den Strudel des Krieges zu stürzen, dann wären wohl auch die Skandinavier, besonders Norwegen, aber auch Schweden, kaum noch zurückzuhalten. Denn es bleibt doch ein bezeichnender Zug, in welche Aufregung ein ganzes Land gerät, wenn seine Regierung in den Verdacht kommt, auch nur einen Handgriff zu Gunsten Deutschlands getan zu haben.

(Siehe auf dritte Seite.)

Abberufen.

Stockholm, 22. Juni. Der Schweizer Gesandte in Petersburg, Odir, ist dem Stockholmer „Aftonbladet" zufolge wegen der Angelegenheit Hoffmann-Grimm von seinem Posten abberufen worden. Die russische Regierung hat ihm wegen dieses Vorganges das Recht zum chiffrierten Verkehr entzogen.

Die Angriffe aufs Konsulat.

Genf, 22. Juni. Am Dienstag war eine Protestversammlung nach einem im Mittelpunkt der Stadt gelegenen Platz einberufen, in der ein Mitglied des Genfer Großrates, der politischen Vertretung des Kantons Genf, von deutschen Spionen sprach und einen im Hotel Beau Rivage wohnenden deutschen Baron als Hauptagenten Deutschlands bezeichnete. Kaum war die Versammlung zu Ende, als die Menge nach diesem Hotel strömte. Die Türen des Hotels waren rasch verschlossen, alle Lichter gelöscht. Die angesammelte Menge wurde immer größer; der Direktor des Hotels beruhigte sie aber schnell, indem er aus den Fremdenbüchern nachwies, daß der genannte deutsche Baron Genf schon längst verlassen habe. Dann strömten einige hundert Menschen zum deutschen Konsulat am Ufer des Genfer Sees. Das Konsulat wurde etwas nach 9 Uhr von allen Seiten umstellt. Steine flogen gegen die Fenster. Ein Bursche kletterte in die Höhe und versuchte, das kaiserliche Wappenschild unter dem Jubel der Menge herunterzureißen. Es wurde aber von starken Drähten gehalten und fiel nur ein Stück herunter. Die Menge sang die Marseillaise und stieß Schmähreufe aus, Steine klatschten ohne Unlaß gegen das Gebäude und durch die Fenster. Insbesondere wurde das herabhängende deutsche Wappenschild bombardiert. Die wenigen Polizisten waren machtlos. Kurz vor 10 Uhr holte die Polizei das Schild vollends herunter und brachte es im Auto nach dem Polizeikommissariat. Die Menge suchte unterwegs das Wappen dem Polizisten zu entreißen, bekam aber nur den Rahmen des Schildes in die Hände. Dieser Rahmen wurde über die Straße getragen und in den Genfer See geworfen. Dann wiederholte sich die Szene vor dem Hotel Beau Rivage unter Schmährufen auf die Boches. Auch das türkische und das österreichisch-ungarische Konsulat wurden bombardiert. Vor dem österreichisch-ungarischen Konsulat kam es zu einem Kampf zwischen den Demonstranten und Gendarmen, die einige Warnungsschüsse abgaben.

In der Presse der Westschweiz wird die Politik des Bundesrates in leidenschaftlicher Weise angegriffen und die Ersetzung des Bundesrates Hoffmann durch den auf Seiten der Entente stehenden Genfer Nationalrat Ador und die des Generals Wille durch einen westschweizerischen Offizier verlangt. Die Blätter in Zürich, Bern und Basel lehnen diese Forderungen entschieden ab. Das Wappenschild wurde von der Polizei wieder am deutschen Konsulat aufgehängt.

Die Meinung der Franzosen.

Thomas Antwort.

Stockholm, 19. Juni. Der französische Munitionsminister Albert Thomas äußert sich im hiesigen „Socialdemokraten" über das Memorandum der deutschen Delegation in einem längeren Artikel, in dem er in der Hauptsache folgendes ausführt:

Das Schriftstück der deutschen Sozialdemokratie kann ich nicht unbeantwortet lassen und ich glaube, daß mein persönlicher Eindruck von der Mehrheit meiner Freunde geteilt wird. Bei der Lektüre dieses Manifestes war ich bestürzt und über die Friedensaussichten sehr beunruhigt.

Ich hatte schon oft bei früheren Kongressen, auch während des Krieges den Eindruck, daß die Denkart der deutschen Sozialdemokraten von der unsrigen verschieden ist; aber niemals hätte ich gedacht, daß die Verleugnung der gemeinsamen Prinzipien in so scharfes Licht geraten würde.

Ich anerkenne den guten Glauben der Deutschen

und den Umstand, daß sie jetzt Dinge akzeptieren, denen gegenüber sie sich früher zurückhaltend verhielten, wie die Schiedsgerichte und die Kontrolle der Diplomatie. Dazu ist aber notwendig, daß sie selbst eine wirklich konstitutionelle Regierungsform einführen. Wir lassen uns nicht mehr mit Phrasen abspeisen. Ich anerkenne, daß bei ihnen guter Wille vorhanden ist, und gehöre nicht zu denjenigen, die bei den Deutschen an ein abgekartetes Regierungsmanöver glauben. Uebrigens ist das Auftreten der deutschen Sozialdemokraten ihrer Regierung und den Alldeutschen gegenüber sehr bescheiden. Ihre Forderung bezüglich der Freiheit der Meere und des Verbots bestimmter Kriegsmittel ist weniger dem internationalen Rechtsgefühl entsprungen, als der Enttäuschung über das Versagen deutscher Weltwirtschaftspläne. Im Memorandum findet man keinen Protest gegen die Anwendung solcher Kriegsmittel durch Deutschland selbst, ja sogar die Kriegsführung in Belgien und Frankreich findet hier eine [illegible]. Wenn die Deutschen mit einem gewissen Recht [illegible] Maßnahmen für einen künftigen ökonomischen Kampf, der unter Umständen schwerer als die Besetzung eines Territoriums [illegible], so sollte Deutschland auf der anderen Seite gleichfalls

Garantieen gegen skrupellose Handelsmethoden

geben. Bezüglich der russischen Friedensformel [illegible] ich. Auch die Deutschen [illegible] und Entschädigungen. Das beweist, wie gerechtfertigt unsere Forderung an die Russen war, ihre Friedensformel genauer zu präzisieren. Damit haben die Russen begonnen, wenngleich noch Unklarheiten bestehen bleiben. Was die Deutschen uns vorschlagen, das ist der Stand wie vor dem Kriege, modifiziert durch die Kriegskarte. Welch sonderbare Theorie ist es, daß eine Frage des nationalen Rechts erst durch militärische Operationen aktuell wird? Welch sonderbare Unterscheidung ist es zwischen den deutschen Kolonien, die völlig zurückverlangt werden und den höher zivilisierten Ländern wie Tibet, Marokko usw., wo der Krieg keine militärischen Veränderungen hervorbrachte? Die deutsche Mehrheit will also erstens nicht zurückgeben, was Deutschland genommen hat, zweitens will sie, daß Deutschland zurückbekomme, was es im Kriege verloren hat; drittens will sie okkupierte Länder wie Polen und sogar nicht okkupierte Länder losreißen.

Man ist aber so viel unbewußten Imperialismus bestürzt.

Aber die Zentralfrage ist die Selbstbestimmung der Völker, wofür den Deutschen das Verständnis anscheinend fehlt. Man fragt uns, ob wir wegen Elsaß-Lothringen das Kriegselend verewigen und den Dauerfrieden opfern wollen. Das beweist, daß man unseren Standpunkt nicht versteht. Wenn die Sozialisten und Demokraten in der ganzen Welt dieser Frage nicht gleichgiltig gegenüberstehen, so darum, weil sie das Prinzip der Selbstbestimmung in schärfster Form aufgestellt haben. Die Behandlung der elsässischen wie der polnischen Frage zeigt, wie sehr die deutsche Sozialdemokratie im preußischen Militarismus befangen ist (!) und alle seine Argumente benutzt, da sie

in der elsässischen Frage

Bismarcks Rassen- und Sprachenprinzip und die Gewalt an die Stelle des Freiheitsprinzips setzt.

Es folgen längere Ausführungen über die Frage von Elsaß-Lothringen mit Berufung auf die Haltung von Marx, Bebel und Liebknecht im Jahre 1870.

Was Polen betrifft, so [illegible] die deutsche [illegible] an die Selbständigkeit des russischen Teils [illegible] nicht, was [illegible] Recht [illegible]. Sicherlich [illegible] auch die Alliierten ihre alten Ueberlieferungen [illegible]. [illegible], wie die russische Revolution und der Eintritt Amerikas in den [illegible] [illegible] im Geiste der Freiheit vollzogenen Revisionen die Sache nur stärken können. Dieser Prozeß kann durch die von der deutschen Mehrheit eröffnete Aussicht auf Grenzberichtigungen nicht gestört werden.

Weil es notwendig ist, die Welt darüber aufzuklären, wo das Recht liegt, ist es unmöglich, auf eine internationale Konferenz zu gehen, ohne daß

die Schuldfrage

vorgelegt wird. Die Deutschen berufen sich auf die Pflicht der Landesverteidigung; aber die Internationale hatte ihnen die Pflicht auferlegt, die Kriegsursachen zu untersuchen und ihre Regierung, die den Angriff unternommen hatte, zu beseitigen.

Die Deutschen glauben an eine Abrüstung der Herzen und der Gewissen und an einen Friedenstag unter dem Drucke der alten sozialistischen Ideen und der Liebe der Völker zum Frieden. Aber keine andere Versöhnung ist möglich, als durch die Annahme des allgemeinen Rechtsprinzips. Es gibt für die Entente keinen Frieden als den Rechtsfrieden.

Nach den deutschen Erklärungen habe ich meinen Zweifel, ob es einen Sinn hat, zur Konferenz zu gehen. Aber es ist unsere Pflicht, unsern Standpunkt vor aller Welt klar zu machen und ihn zu propagieren. Wenn die deutsche Erklärung zeigt, daß die deutsche Demokratie den Frieden noch weiter verzögern will, statt ihn zu fördern, so mache das unsere Pflicht noch klarer.

Eine Antwort Davids.

Berlin, 22. Juni. Auf die Ausführungen des französischen Munitionsministers Thomas im Stockholmer „Socialdemokraten" über das Memorandum der deutschen Delegation bringt der „Vorwärts" eine Erwiderung des [illegible] ist bei [illegible]

[illegible]

fallslegende ein Opfer zarischer Diplomatie und der an sie gefesselten eigenen Regierung geworden sind.

Wir werden Davids Antwort ausführlich abdrucken.

Wie der „Lokal-Anzeiger" aus Stockholm meldet, bringt der französische Munitionsminister Thomas einen russischen Vorschlag bezüglich einer Revidierung der Kriegsziele der Alliierten mit.

Weitere Antworten der Franzosen.

Paris, 21. Juni. (Agence Havas.) Der zur Beantwortung der Stockholmer Fragen ernannte Ausschuß der Sozialistenpartei wird heute zusammentreten.

Ein Mitglied des Unterausschusses zur Prüfung der Friedensfrage erklärte dem „Petit Journal", wie sie behandelt werden soll. Die Sozialistenpartei macht sich die Formel der russischen Sozialisten zu eigen: „keine Annexionen und keine Kriegsentschädigungen" und Selbstbestimmungsrecht der Völker. Sie erstrebt als Kriegsentschädigung nicht, die gerechte materielle Wiedergutmachung der Verwüstungen des Krieges und ist der Ansicht, daß dies denjenigen aufzuerlegen ist, die die Verwüstungen angerichtet haben.

Was Elsaß-Lothringen betrifft, so stimmt die Partei zu, daß eine Befragung der Elsaß-Lothringer stattfinden soll, trotz der wiederholten Kundgebungen, die ebensoviele Bestätigungen des Rechtes und des Willens der annektierten Gebiete sind, zu ihrer ursprünglichen Nationalität zurückzukehren, und um laut die Freiheit und die Selbstbestimmung der Völker zu verkünden und der Welt ein erhabenes Beispiel zu geben, und um endgültig den Streit zu schlichten, der schwer auf dem Leben Europas lastet. Für diesen letzten Absatz stimmten fünf Abgeordnete, fünf stimmten dagegen, die keine andere Lösung als die völlige, bedingungslose Rückkehr Elsaß-Lothringens zu Frankreich und eine Befragung der Völker nur nach der Wiedervereinigung der beiden Provinzen mit dem Mutterlande zulassen wollten.

Ueber Polen wurde, in Uebereinstimmung mit einem Antrage der alliierten Sozialisten in London, erklärt: Die polnische Frage muß in Uebereinstimmung mit dem Willen des polnischen Volkes gelöst werden, im Sinne der Autonomie oder völliger Unabhängigkeit und des Wunsches Wilsons nach einem unabhängigen autonomen Polen.

Im nördlichen Schleswig, in den italienischen Gebieten Oesterreichs, in Litauen und in Finnland soll die Bevölkerung über ihre Verfassung befragt werden.

In Irland, Marokko, Aegypten und Indien aber nicht?

Scheidemann an die Russen.

Stockholm, 18. Juni. Dem wiederholten dringenden Ersuchen russischer Journalisten nachgebend, hat Scheidemann folgende Antworten gegeben, aus denen sich ohne weiteres die Gesamtstellung ergibt:

In Elsaß-Lothringen hat meines Wissens bisher kein Mensch ein Plebiszit verlangt. Alle Vertreter des elsaß-lothringischen Volkes, die bekanntlich auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählt sind, haben wiederholt bis in die allerneueste Zeit hinein erklärt, daß sie nicht daran denken, sich von Deutschland trennen zu wollen. Sie verlangen lediglich volle Gleichstellung Elsaß-Lothringens als selbständigen Bundesstaat mit allen übrigen deutschen Bundesstaaten. Das ist eine Forderung, die sich durchaus deckt mit derjenigen, die die Sozialisten Frankreichs und Deutschlands bis zum Ausbruch des Krieges in vollkommener Uebereinstimmung aufgestellt haben.

Gegenüber der in den Ententeländern verbreiteten Anschauung, daß die deutsche Regierung, gestützt auf einflußreiche Kreise, imperialistische Tendenzen verfolge, antwortete Scheidemann:

Deutschland hat während 44 Jahren Frieden gehalten. Ich will nicht die Kriege alle aufzählen, die in dieser Zeit von den uns jetzt feindlich Gegenüberstehenden geführt worden sind, und die einen wirklich aggressiv-imperialistischen Charakter trugen. Es ist richtig, daß es bei uns auch einflußreiche Kreise gibt, die imperialistische Kriegsziele aufgestellt haben. Tatsache ist aber auch, daß diese Kreise in Deutschland nicht den Einfluß gewinnen konnten, den sie in England und Frankreich immer noch haben. Das deutsche Volk führt den jetzigen Krieg lediglich zu seiner Verteidigung gegenüber den aggressiv-imperialistischen Kriegszielen, die von feindlichen Regierungen wiederholt und noch bis in die letzte Zeit verkündet worden sind.

Es will mir übrigens scheinen, daß das deutsche Volk auf seine Regierung bereits einen erheblich größeren Einfluß auszuüben vermag, als das in den sogenannten demokratischen Staaten der Fall ist. Das geht nicht nur aus den Parlamentsverhandlungen hervor, sondern es wird meines Erachtens auch sehr gut illustriert durch das Verhalten der Regierungen in der Paßfrage. Daß die Demokratisierung in Deutschland fortschreitet, ist gewiß. Ich kann übrigens nur wünschen, daß die Demokratisierung auch in England und Frankreich fortschreite, wo die Regierungsmacht im Besitz einer kleinen imperialistisch-kapitalistischen Interessenschicht ist, aus deren Hände die Masse des minder bemittelten Volkes ihr Schicksal entgegennehmen muß. In Deutschland ist der Einfluß der Demokratie wenigstens stark genug, zu verhindern, daß diese imperialistisch und nationalistisch orientierten Kriegspolitiker das Heft in die Hand bekommen. Erst wenn auch jene anderen Länder wirklich demokratisiert sind, das heißt die Massen des Volkes entscheidend sind, werden wir hoffen dürfen, einen Zustand dauernder friedlicher Beziehungen zwischen den Völkern zu erreichen.

Der Terror in Griechenland.

Athen, 21. Juni. (Agence Havas.) Das Ministerium des Innern veröffentlichte am 18. Juni die Liste der aus Griechenland ausgewiesenen Persönlichkeiten. Sie enthält 30 Namen, darunter Gunaris, Streit, Merkuris, Vater und Sohn, Dusmanis, Metaxas, Exlin und Sapos, Führer des Reservistenverbandes, sowie seinen Sohn. Die Ausgewiesenen, die in Athen wohnen, haben drei Tage Zeit, um ihre Abreise vorzubereiten, die in der Provinz Wohnenden acht Tage. Unter den 103 unter Aufsicht gestellten Personen befinden sich Dragumis, Stuladis, Lambros, Tsakos, der Minister des Innern im Kabinett Lambros war, Kiriffi, Canellis, Oberst Stratigos, der Chef des Generalstabes, mehrere Generalstabsoffiziere, Hatsopulos, Kanakaristos und Gerulis. Dieser, der Adjutant des Königs war, seine Frau, zwei Bischöfe und eine gewisse Anzahl von Offizieren aller Grade werden sämtlich überwacht, müssen Athen verlassen und werden an Orte gebracht, wo es ihnen unmöglich sein wird, zu fliehen.

London, 21. Juni. „Daily Mail" erfährt aus Athen vom 19. Juni, daß der Ministerrat beschlossen hat, ein Kollegium aus zwei Vertretern der Athener Regierung und zwei Vertretern der Salonikier vorläufigen Regierung zu bilden, das über die Reorganisierung des vereinigten Griechenlands beraten soll. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten wird ein vom Oberkommissar ernannter Vertreter entscheiden. — König Alexander hat sich in sein Landhaus [illegible]

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 21. Juni 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern und dem Artois war erst abends bei besserer Sicht der Artilleriekampf auf breiterer Front lebhaft; er hielt stellenweise auch nach Dunkelwerden an.

Nahe der Küste wurden durch nächtlichen Ueberfall eine Anzahl Engländer als Gefangene eingebracht.

Bei Hooge, östlich von Ypern, sind gestern und heute früh starke englische Erkundungsstöße abgewiesen worden; auch bei Vermelles und Loos schlugen Unternehmungen des Feindes fehl.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Bei Vauxaillon, nordöstlich von Soissons, stürmten gestern nach kurzer starker Minenfeuervorbereitung Kompagnien einiger aus Rheinländern, Hannoveranern und Braunschweigern bestehenden Regimenter die französische Stellung in 1500 Meter Breite. Der durch bewährte Sturmgruppen, Artillerie und Flieger gut unterstützte Einbruch in die feindliche Linie erfolgte für den Gegner völlig überraschend. Einzelne Stoßtruppen drangen durch die Annäherungswege bis zu den Reserven vor und machten auch dort Gefangene. Die blutigen Verluste des Feindes sind schwer, über 100 Gefangene und 16 Maschinengewehre wurden zurückgebracht, einige Minenwerfer gesprengt.

In den gewonnenen Gräben sind tagsüber heftige Gegenangriffe der Franzosen abgewehrt worden.

Mit starkem Wirkungsfeuer bereitete der Feind nordwestlich des Gehöftes Hurtebise ein Unternehmen vor, dessen Durchführung in unserem Vernichtungsfeuer unterblieb.

Auf dem westlichen Suippes-Ufer war abends die Feuertätigkeit sehr lebhaft. In der Ost-Champagne und am Westhang der Argonnen holten unsere Stoßtruppen mehrere Gefangene aus den französischen Linien.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Bei Luck, an der Zlota-Lipa, Narajowka und südlich des Dnjestr war die russische Artillerie und entsprechend die unsere tätiger als in letzter Zeit. Streifabteilungen der Russen wurden an mehren Stellen verjagt.

Mazedonische Front.

In der Struma-Niederung endeten Gefechte bulgarischer Posten mit englischen Kompagnien und Schwadronen mit Zurückgehen des Gegners.

Der Erste General-Quartiermeister
Ludendorff.

Berlin, 21. Juni, abends. (Amtlich.)

Im Westen vormittags südwestlich Lens, bei Vauxaillon und südöstlich von Nauroy lebhafte Gefechtstätigkeit.

Sonst nichts Besonderes.

Amtliche Berichte der Verbündeten.

Der österreichische Bericht.

Wien, 21. Juni. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

In einzelnen Abschnitten der galizisch-wolhynischen Front nahm die feindliche Artillerietätigkeit bei Mitwirkung schwerer Kaliber sichtlich zu. Auch die Flugtätigkeit war hier lebhafter.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden verlief der gestrige Tag ruhiger. Die Kämpfe in diesem Gebiete brachten uns seit dem 10. Juni 16 Offiziere, 650 Mann und 7 Maschinengewehre ein. Im Col Bricon-Gebiet erfolgreiche Handgranatenkämpfe. Sturmabteilungen verhinderten im Vorfelde der Lagazuoi-Stellung die Besetzung eines Sprengtrichters durch den Feind. Auf der Karst-Hochfläche wurden kleinere feindliche Unternehmungen abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Stellenweise Bandenkämpfe.

Der Chef des Generalstabes.

Bulgarischer Bericht vom 20. Juni. Mazedonische Front: Auf der ganzen Front schwaches Artilleriefeuer, das zeitweilig im Abschnitt von Dobropolje und an den vorgeschobenen Stellungen von Dojran an Stärke zunahm. Auf dem linken Struma-Ufer zwischen dem Butkovo- und Tahino-See Gefechte von Aufklärungsabteilungen.

Rumänische Front: Bei Isaccea Gewehrfeuer, bei Tulcea Artillerie- und Infanteriefeuer.

Trostesworte Radoslawows.

Wien, 21. Juni. Nach einer Meldung des Wiener k. k. Korr.-Bureaus äußerte der bulgarische Ministerpräsident dem Chefredakteur des „Fremdenblattes" gegenüber u. a.:

„Ich sehe dem Ausgang des Krieges mit voller Zuversicht entgegen. Es ist ausgeschlossen, daß das russische Heer noch eine größere Offensive unternimmt. Die Ereignisse in Griechenland können die Lage auf dem Balkan nicht mehr ändern. Auch mit Hilfe der griechischen Truppen wird Sarrail keinen nennenswerten Erfolg erzielen. Bulgarien wird mit der Einwilligung König Konstantins die besetzten griechischen Gebiete festhalten, ob auch Venizelos Ministerpräsident oder vielleicht auch Präsident einer griechischen Republik werden sollte. — Die Ernte Bulgariens ist vorzüglich, in Rumänien ist sie ganz vortrefflich, sodaß ein etwaiger Ausfall bei den Mittelmächten weitaus gut gemacht werden könnte. Bulgarien ist jedenfalls entschlossen, alles, was es entbehren kann, den Verbündeten zur Verfügung zu stellen."

Ein U-Boot beschießt die Stadt.

Berlin, 21. Juni. (W. T.-B.) Am 30. Mai wurde von einem unserer U-Boote die italienische Festung Benghasi an der nordafrikanischen Küste mit 49 Granaten beschossen. In erster Linie wurden Hafenanlagen und die funkentelegraphische Station mit sichtbarem Erfolge unter Feuer genommen. Noch längere Zeit nach der Beschießung wurde ein starker Brand in der Stadt beobachtet.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Konservativer Boykott gegen sozialdemokratische Friedensfreunde.

Kopenhagen, 21. Juni. [illegible] Rottboell aufgefordert, sein Entlassungsgesuch einzureichen, da die Partei die Verantwortung [illegible]

Keine „neuen Männer!"

Zusammen mit der bethmannfeindlichen „Deutschen Tages-Zeitung" wendet sich die sehr bethmannfromme „Internationale Korrespondenz" gegen unsere Anregung, das Friedenswerk durch eine gründliche Umgestaltung der deutschen Regierung zu fördern und die Verhandlungen zu erleichtern, indem man eine Anzahl durch die Vorkommnisse der Vergangenheit nicht belasteten Staatsmänner damit betraut. Die „Internationale Korr." macht dabei zur Parteifrage, was eine Frage des ganzen Volkes ist und was durch den ersten Anstoß, der von Dernburg ausging, und durch die Aufnahme in der Berliner Presse bestätigt wird. Man empfindet die Notwendigkeit einer Entlassung in viel weiteren Kreisen, als es die genannten Organe vermuten, wenn freilich beide die Debatte auf Wilhelm II. und die Hohenzollern schieben und Wilsons Wort „No term with the Hohenzollern" zitieren, so ist ein Gebiet betreten, auf das wir ihnen nicht folgen können, weil heute ein ungeschminktes Wort darüber noch viel weniger möglich ist, als vor dem Kriege. Wie wenig die Kanzlerfrage und diese Personenfragen Parteifragen sind, das zeigt der Umstand, daß die „Breslauer Zeitung" gegen ihren eigenen Parteifreund Dernburg, die „Intern. Korr." gegen uns und den „Vorwärts" Stellung nimmt. Wobei nicht verschwiegen werden soll, daß die „I. K." und ihr Leiter Heilmann sich immer mehr anmaßt, allein im Namen der Partei reden zu dürfen, obwohl er die Partei sowohl durch seine reaktionäre Haltung zur Wahlreformvorlage als durch seine fanatische Bethmannpolitik schon in manche Ungelegenheiten brachte, wie auch die „Intern. Korr." heute schon viel mehr eine Fundgrube der bürgerlichen Presse ist als der sozialdemokratischen. Einmal hat diese Methode schon zu Auseinandersetzungen im Parteiausschuß geführt, sie wird aber gründlicher geklärt werden müssen.

Daß wir unseren Ruf nach „neuen Männern" voll aufrecht erhalten, brauchen wir wohl nicht besonders zu betonen, die „deutsche Würde", die Heilmann für sich reklamiert, ist von den Alldeutschen schon abgebraucht, als daß sie auf uns Eindruck machen könnte.

Die Männer der Alldeutschen.

Die „Deutsche Zeitung" verlangt, daß das entscheidende Wort für die Aufstellungen der Friedensbedingungen haben sollten erstens die Militärs: Hindenburg und Ludendorff, Tirpitz und Scheer, Liesingen und Below, Liebert und Keim; zweitens Professoren der Geschichte: Dietrich Schäfer, Erich Brandenburg, Eduard Meyer, Wilhelm Busch — nicht der Busch von der frommen Helene, sondern ein viel weniger witziger Professor aus Marburg —, Georg von Below. Drittens führende Männer im nationalpolitischen Leben: Claß, der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Graf Reventlow, Heydebrand, Fuhrmann, Bacmeister usw. Viertens die Vorsitzenden des Bundes der Landwirte und des Zentralverbandes Deutscher Industrieller. Ausgeschlossen sollen von der Beratung des Friedens sein die Juden, die Diplomaten und der deutsche Reichstag.

Ob der Friede der Keim und Liebert, Claß und Reventlow, Rösicke und Kirdorf 1917, 1918 oder 1925 zustande kommen würde, machen sich die Herren wohl wenig Sorge. Wir hätten auch nichts gegen diesen Vorschlag einzuwenden, wenn die genannten Herren den Krieg allein unter Einsatz der eigenen werten Person zu Ende führen wollten. Solange aber das deutsche Volk blutet, redet an erster Stelle über den Frieden auch das deutsche Volk.

Italien und der Krieg.

Rom, 20. Juni. (Agence Stefani.) Kammer. Ministerpräsident Boselli verlas eine ministerielle Erklärung, in der es heißt:

Ohne Sieg kann keine Klasse, besonders nicht das Proletariat, auf ein glückliches Dasein hoffen. Alle ersehnen, erhoffen und segnen den Frieden. Diejenigen aber, die einen Frieden ohne Sieg wünschen würden und ohne vollkommene nationale Befreiung, würden einen unmöglichen Frieden wünschen und einen nahen neuen schrecklicheren Krieg vorbereiten. Wenn Friedensstimmungen in Italien bestehen sollten, würde die Regierung sich unerbittlich gegen sie wenden. Das Kabinett will keine Reaktion. Es wird jedem so viel Freiheit lassen, als dies mit der Kriegsdisziplin zu vereinbaren ist. Am Schicksal des Ministeriums sei wenig gelegen; worauf es ankomme, sei der Sieg Italiens, ein Triumph der Zivilisation in der Welt.

Nach Ministerpräsident Boselli ergriff Sonnino das Wort, der erklärte:

Seit meiner letzten Rede beherrschten zwei große geschichtliche Ereignisse die internationale Lage, der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg und die fortschreitende Entwickelung der russischen Revolution. Die Gerechtigkeit der italienischen Sache könnte keine unwiderleglichere Rechtfertigung erhalten, wie der Beitritt eines Volkes, das alles getan hat, um den Krieg zu vermeiden. Die Italiener haben mit Genugtuung von dem guten Empfang gehört, der der italienischen Abordnung in Amerika zuteil wurde. Sie sehen in dieser Begrüßung den Beweis, daß Amerika den Wert des Beitrages Italiens zum Weltkrieg anerkennt. Die Waffenbrüderschaft schafft ein neues unvergängliches Band zwischen den beiden Völkern.

Italien nimmt aufrichtigen Anteil an den Unglücksschlägen, welche Rumänien, seine Schwesternation, getroffen haben, aber schon schickt sich dieses Land an, Rache zu nehmen.

Italien ebenso wie seine Verbündeten fordert die Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros. Wie jene verlangt es eine Einigung des unabhängigen Polens.

Zu der albanischen Frage übergehend, erklärte Sonnino, daß sie eng verbunden sei mit derjenigen des Besitzes von Valona und mit der Frage der Adria, die eine Lebensfrage für Italien sei. Italien, fuhr er fort, hat die Unabhängigkeit Albaniens verkündet. Es hat dabei keine anderen Ziele, als dieses Land gegen jede etwaige Einmischung einer dritten Macht zu verteidigen. Albanien wird sich des vollen Rechtes erfreuen, im Innern über sich selbst zu verfügen.

Sonnino wandte sich dann gegen den „faulen Frieden" ohne Eroberungen und Kriegsentschädigungen und predigte wie seine Kollegen den Frieden nach dem Siege. Das heißt also auch hier: Schlachtet [illegible] weiter gegenseitig ab, mordet euch, wir warten zu Hause auf den „Sieg". Den Toten nützt freilich auch der schönste Sieg nichts mehr.

[illegible] in namentlicher Abstimmung [illegible] Stimmen, in einer [illegible] die Regierungserklärung zu erörtern, also der [illegible]

[illegible]

Tageblatt „Bezahlte Agenten Frankreichs, Hanswurste, Franzosen". Die Nationalisten antworteten: „Schweigt! Ihr Oesterreicher, Ihr Deutschen!" Die italienischen Kriegsparteien haben im ganzen Lande eine direkte Verfolgung der Friedensfreunde hervorgerufen. In süditalienischen Landstädtchen wurden mehrere Wanderredner, als sie auf die Wahrscheinlichkeit eines dritten Kriegswinters anspielten, durch fanatische Frauen mißhandelt. Wahrscheinlich hatten diese Frauen vom Kriege genug.

Die große Konferenz.

Berlin, 22. Juni. Der „Vorwärts" veröffentlicht die telegraphische Einladung Tschcheidses im Auftrage des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates zur internationalen sozialistischen Konferenz nach Stockholm zwischen dem 28. Juni und 8. Juli und schreibt: Die Delegation der deutschen Sozialdemokratie hat dem Exekutivkomitee des Arbeiter- und Soldatenrates in Petersburg mitgeteilt, daß sie an der Konferenz teilnehmen würde.

Die Grimmsche Erklärung.

Stockholm, 21. Juni. (Meldung des Svenska Telegrammbyran.) Nationalrat Grimm veröffentlicht eine Erklärung über die Umstände seiner Ausweisung aus Rußland, in der er sagt:

Am 9. Juni fragten Axelrod und Martoff bei ihm an, ob der schweizerische Gesandte in Petersburg ihm Friedensvorschläge der deutschen Regierung zur unmittelbaren oder mittelbaren Uebermittelung an die russische Regierung übergeben habe oder ein dahinzielendes Ansinnen an ihn gerichtet habe. Es gebe ein derartiges Schriftstück, in dem der Name Grimms erwähnt sei und das von einem russischen Agenten in Bern an das Ministerium des Aeußeren in Petersburg gesandt worden sei. Er, Grimm, verneinte beide Fragen und bestätigte die Verneinung schriftlich zu Händen des Ministers Tseretelli. Skobeleff fügte hinzu, er lehne überhaupt grundsätzlich Vermittler von Friedensplänen imperialistischer Regierungen ab. Die Erklärung sollte am folgenden Tage in der „Iswestia" erscheinen. Die Sache eilte. Man wollte, sagt Grimm, Angriffen der bürgerlichen Presse zuvorkommen und durch eine rechtzeitige Abwehr auch eine Einmischung des in Rußland weilenden französischen Munitionsministers Thomas vermeiden. Am nächsten Tage enthielt aber die „Iswestia" die Erklärung nicht. Man sagte jetzt, daß weitere Nachforschungen über das Vorhandensein des Schriftstückes angestellt würden. Am 13. Juni erhielt Grimm auf sein Verlangen durch Vermittelung Tseretellis und Skobeleffs eine Abschrift der Berner Depesche an den Schweizer Gesandten in Petersburg, die am folgenden Tage veröffentlicht werden sollte. Grimm sollte aber Gelegenheit haben, vor deren Veröffentlichung eine Erklärung zu erlassen.

Im Entwurf dieser Erklärung führte Grimm aus, daß eine solche Depesche ihm weder unmittelbar noch mittelbar zugestellt worden sei. Wenn ein solches Telegramm ein deutscherseits unternommener Versuch sei, seine Anwesenheit in Petersburg zu Gunsten der Zwecke des deutschen Imperialismus und eines deutschen Sonderfriedens auszunutzen, so betrachte er einen solchen Versuch als Herausforderung.

Die Minister verlangten jedoch eine schärfere Spitze gegen die deutsche Regierung und einen scharfen Angriff gegen die Schweizer Regierung, was Grimm trotz der Drohung mit Verhaftung und einer schimpflichen Ausweisung ablehnte. Schon deswegen konnte er sich auf diese Zumutung nicht einlassen, weil der Ursprung des Telegramms noch keineswegs festgestellt war.

Später vereinbarte Grimm mit einigen politischen Freunden den neuen Entwurf der Erklärung, der den Ministern unterbreitet wurde und deren Inhalt schon durch die Petersburger Telegraphen-Agentur veröffentlicht wurde. Die Minister blieben aber bei ihrer Meinung, auch diese Erklärung genüge nicht. Martoff und Axelrod unterstützten Grimm. Es wurde keine Einigung erzielt.

Die Verhandlungen wurden bisher streng vertraulich geführt. Nun aber erklärte die Partei Grimms durch Martoff, man fühle sich durch kein Geheimnis mehr gebunden. Grimm selbst werde sich zwei bis drei Tage zur Verfügung der russischen Regierung halten. Nachdem seine Abreise schon früher für den 15. Juni vorgesehen war, wurde Grimm am Freitag am Spätnachmittag in die Wohnung Skobeleffs gerufen. Er begab sich von Axelrod begleitet dorthin und traf dort Tseretelli, sowie auch Skobeleff. Ohne weiteres wurde ihm erklärt, die Minister fänden seine Erklärung ungenügend. Die Regierung beabsichtige selbst keine Maßnahmen gegen ihn. Da aber zu befürchten sei, daß nach der Veröffentlichung des Sachverhalts Ausschreitungen entstehen könnten, werde er höflichst gebeten, sofort abzureisen, worin er einwilligte. Die Abreise Grimms wurde daraufhin äußerst beschleunigt. Am folgenden Morgen verließ Grimm Petersburg und erreichte die Grenze ohne irgendwelche Schwierigkeiten.

Zum Schluß erklärte Grimm, er halte es unter seiner Würde, sich gegen den Vorwurf, er sei ein deutscher Agent, zu verteidigen. Sein Weg gehe über solche Verdächtigung mit Verachtung.

Bevor sie auseinandergingen, fragte Grimm Tseretelli und Skobeleff als Sozialisten, nicht als Minister, ob sie ihn für fähig hielten, die Rolle eines Agenten irgend einer Macht zu spielen. Beide verneinten die Frage und erklärten, sie bedauerten, daß er in seiner Erklärung nicht schärfer auftrat.

Grimm teilt mit, er stellte bis zur Feststellung der Ursache seiner Ausweisung sein Mandat für die Zimmerwalder Kommission den schwedischen Genossen zur Verfügung, und er ersuchte die schweizerische Partei, nach Kenntnisnahme der Tatsachen und des Untersuchungsergebnisses, über seine politischen Mandate und seine Stellung in der Partei in der Schweiz zu entscheiden.

Stockholm, 21. Juni. Grimm bestreitet seine Ausweisung. Die russische Regierung habe ihm nur im Interesse seiner eigenen Sicherheit die Abreise nahegelegt. Die hiesigen Zimmerwalder, nämlich Jungsozialisten und Bolschewiki, sahen zwar den Grimm gemachten Vorwurf des Deutschlandagentums als unbewiesen an, forderten ihn aber auf, bis zur Klärung die Zimmerwaldleitung niederzulegen, was Grimm auch getan hat.

Bern, 21. Juni. Agenzia Idea Nazionale meldet, daß die italienische Regierung den italienischen Sozialisten tatsächlich keine Pässe für Stockholm ausstellen werde, und zwar infolge des Abkommens zwischen den Alliierten, wonach die italienische Regierung für die Reise nach Skandinavien nur Pässe bis Frankreich aushändigen kann, Frankreich aber bewillige keine Pässe für Stockholm.

Der Arbeiter- und Soldatenrat und die Stockholmer Konferenzen.

Stockholm, den 18. Juni 1917.

Die heute hier vorliegende neueste Veröffentlichung des Arbeiter- und Soldatenrates in Petersburg über seine Stellung zu den Stockholmer Konferenzen lautet:

Die Aeußerungen Troelstras gegenüber einem Korrespondenten der „Rjetsch" haben einen Protest der internationalen Sektion des Arbeiter- und Soldatenrates gegen die Anklage veranlaßt, daß dieser es hartnäckig vermieden habe, in Verbindung mit dem holländisch-skandinavischen Komitee zu treten. Wenn Telegramme unbeantwortet geblieben sind, so liegt das an den Störungen der telegraphischen Verbindungen. Der Rat sucht durchaus nicht jede Verbindung mit dem Komitee zu vermeiden. So hat er z. B. dem Komitee telegraphiert, um Auskunft über Zeit und Ort der internationalen Konferenz zu erhalten. Die Telegramme mußten allerdings an Branting gesandt werden, da die Adresse des Komitees unbekannt war. In einigen Tagen verläßt eine gewählte Delegation des Arbeiter- und Soldatenrates Petrograd, um nach Stockholm zu reisen, wo sie eine Konferenz zusammen mit den lokalen Stellen vorbereiten soll. Man hat auch die vorbereitende Arbeit des Komitees durchaus nicht übersehen. Aber erst gestern kam der erste Bericht darüber aus Stockholm. Die Bedingung für die Beteiligung des Rats an der Zimmerwald-Konferenz ist, daß diese Konferenz sich als eine vorbereitende betrachtet.

Zu dem Programm erklärt der Rat, daß der Frieden nur möglich ist, wenn die Arbeiterklassen aller Länder entscheidenden Einfluß auf die auswärtige Politik erreichen, um diese vom Imperialismus zu befreien. Die revolutionäre Demokratie Rußlands wiederholt ihre Auffassung von der Notwendigkeit, für einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen einzutreten. Alle sozialistischen Parteien müssen ihre Regierungen beeinflussen, dieses Prinzip anzunehmen. Die russische Demokratie erreichte dies durch den Sturz Miljukoffs. Leider haben andere Länder nicht denselben Erfolg gehabt. Der Rat kann nichts Dunkles oder Unvollständiges in seinem letzten Appell finden; die internationale Solidarität muß die Grundlage für die Beziehungen zwischen den Arbeiterklassen sein. Der Rat stellt den Nutzen und die Notwendigkeit einer Diskussion über die Friedensbedingungen nicht in Abrede, aber er hat keine Vollmacht, den Frieden zu schließen und erachtet es für nützlicher, Einfluß auf die Regierung zu erreichen. Die sozialistische Politik kann sich nicht der Methoden der Geheimdiplomatie bedienen. Sie muß auf bestimmte Prinzipien gegründet werden, offen vor dem Volke kämpfen und nicht um Einzelheiten feilschen. Wir glauben, daß, wenn sich alle Länder unseren Grundsätzen vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen, keine Annexionen usw. anschließen wollten, es nicht schwierig sein würde, zum Einverständnis über die Einzelheiten zu kommen. C. B.

Der Rückzug aus den Sümpfen.

Berlin, 21. Juni. Mario Passarge schreibt aus dem Felde unterm 19. Juni: Der Rückzug der Engländer in der Struma-Ebene macht meine im Winter geäußerte Voraussage wahr. Mit unverhältnismäßig hohen Opfern hatten sie nach dem überraschenden Vorstoß der Bulgaren bei Rupel und Ortschilar ihrerseits gewonnen[?], um den Uebergang über die Struma zu halten und inzwischen zahlreiche Brücken angelegt, für den Fall, daß sie hier einmal weitere Pläne entwickeln wollten. Im Winter gefangene Engländer erzählten von dem furchtbaren Aufenthalt in der vollkommen versumpften, von der Struma überschwemmten Ebene. Deshalb setzten sie dann und wann zu Stößen gegen Seres an, um das gesündere Bergland zu gewinnen und in der Drama-Ebene zu münden. Im Rücken ihrer Linien ergaben Fliegeraufnahmen eine Kette großer Feldlazarette, die so zahlreich sind, daß sie entweder, was sehr wahrscheinlich ist, andere Bedürfnisse decken, oder aber beweisen, daß das Sumpffieber schlimm unter ihnen aufgeräumt haben muß. Nun sind unter der brütenden Sonne ungezählte Mückenschwärme ausgebrochen, die den Aufenthalt erst recht unmöglich machen. Während die Bulgaren von den beherrschenden gesunden Seres-Höhen das ganze Tal bestreichen, müssen die Engländer trotzdem bedeutende Kräfte zur Flußsicherung im Tale behalten. Daß sie rücksichtslos die griechischen Dörfer verbrannten, deren Bevölkerung sie ebenso rücksichtslos vorher ins Hinterland evakuiert hatten, entspricht der Art, wie sie überhaupt mit dem griechischen Eigentum umzugehen sich angewöhnt haben. Mit dem Rückzug der Engländer in der Struma-Ebene erweist sich ihr ausposaunter Offensivplan in Mazedonien in seiner ganzen Fadenscheinigkeit. Er entspricht auch dem neuerdings starken Bedürfnis, Truppen abzuschieben, um sie anderweit zu verwenden. Vielleicht werden sie gedungenen revolutionären Griechen später die ehrenvolle Aufgabe zuweisen, die aufgegebenen Positionen zurückzugewinnen, wobei diese jedenfalls sehr erstaunt sein werden, zu sehen, was ihre Freunde mit ihrem Lande gemacht haben.

Kriegsmüdigkeit auch in Frankreich.

Berlin, 21. Juni. „Phare de la Loire" (Nantes) schreibt: Jeden Abend gegen 8½ Uhr hört man aus den durch Savenay nach Orleans fahrenden Soldatenzügen Rufe wie: „Nieder mit dem Krieg! Es lebe die Anarchie! Es lebe der Frieden!", welche höchst bedauerlicherweise die Soldaten den Einwohnern von Nantes zurufen. Könnten nicht Maßnahmen getroffen werden, um die Anstifter dieser peinlichen Zwischenfälle unschädlich zu machen, die sich seit acht Tagen Abend für Abend wiederholen.

Die Krise in Oesterreich.

Wien, 21. Juni. Meldung des Wiener k. k. Telegraphen-Korr.-Bureaus. In den Abendstunden wurde im Parlament bekannt, daß Ministerpräsident Graf Clam Martinic, da sich gegenwärtig die Unmöglichkeit ergab, ein durch Aufnahme von landsmännischen Ministern erweitertes Kabinett zu bilden, dem Kaiser die Bitte unterbreitet hat, den Rücktritt des gesamten Kabinetts entgegenzunehmen und eine andere Persönlichkeit mit der Kabinettsbildung zu betrauen.

Kleine Kriegsnachrichten.

Urlaub auf der Straße durch Griechenland. Die französische Kammer erörterte gestern die Frage des Urlaubs in der Orientarmee. Der Abgeordnete Renault fragte den Kriegsminister, wie es sich mit der Ablösung der Truppen in der Orientarmee verhalte, die seit 34 Monaten keinen Urlaub erhalten hätten. Renault schlug vor, einen Teil der Orienttruppen durch Schwarze zu ersetzen. Painlevé erwiderte, die Ablösung sei wegen der Transportschwierigkeiten verzögert worden. Wenn die Orientarmee auch nur Achtungserfolge davongetragen habe, so habe sie ihr Ziel doch erreicht. Man werde 45.000 Mann ablösen, jedoch nur 6000 monatlich zurücksenden, obwohl nun der Verbindungsweg Patras-Santi Quaranta frei ist.

Rheinlandzauber.

Roman von Ludwig Bendler.

26] (Nachdruck verboten.)

„Daran labst Du Dich später selbst, mein Junge", entgegnete Herr Rodenberg, „mußt jetzt aber mal ins gute Zimmer nebenan. Ein Herr wartet da, um Dich einen kurzen Augenblick zu sprechen."

„Ein Herr? Jung? Alt?"

„Jung. Eben war er eingetreten, als Du kamst. Sieht sehr reputierlich aus. Gewiß 'ne neue Stunde."

„Laß sehen." Konrad trat ins Nebenzimmer, wo zur gleichen Zeit ein Herr vom Sessel aufstand und sich höflich verbeugte. Derselbe, der nicht lange zuvor auch bei Marthla gewesen war. „Herr Kapellmeister Rodenberg?" fragte er und trat Konrad einen Schritt näher.

„Rodenberg allerdings, Kapellmeister noch nicht. Mit wem — —? Ja, aber zum Kuckuck, wir — wir kennen uns doch!" unterbrach sich Konrad und zog den Besuch weiter gegen das Fenster, um ihn deutlich anzuschauen. „Sie sind doch —"

„Gabriel Lauterbach, Herr Rodenberg. Noch spinnefeind von Aßmannshausen her, wo Sie mir — hahaha! — das [illegible] einer Dame entrissen, die — hahaha! Wissen Sie noch?" Der Sprecher konnte kaum weiterreden, so schüttelte es ihn.

„Allerdings weiß ich, Herr Lauterbach, aber — — Ihre Heiterkeit über einen für Sie doch trüben Vorfall damals —? Kaum drei Monate sind es her."

„Derweile hat sich viel, sehr viel geändert."

„Das muß wohl. Auch Ihr Aeußeres — Na, zunächst mal willkommen; Nehmen Sie Platz. 'ne Zigarette gefällig? Was führt Sie denn zu mir? 'ne Forderung wegen Fräulein Lori Widmann wird's doch hoffentlich nicht mehr sein?"

„Gott bewahre, bin ja längst verheiratet."

„Längst?"

Jetzt kam ein kräftiges „Hahaha" aus Konrads Munde. „Mann, Sie waren ja damals noch ein halbes Kind."

„Neunzehn Jahre."

„Und sind jetzt?"

„Zwanzig. Mein einundzwanzigster Geburtstag war zugleich mein Hochzeitstag. Ich hielt es ohne Weib nicht länger aus."

[illegible]

„Nur elf Jahre, das spielt keine Rolle."

Hier mußte Konrad wieder heftig lachen. „Ausgezeichnet und — sind Sie glücklich?" fragte er.

„Ungeheuer. Bloß keine jungen Weiber! Davon habe ich genug."

„Und Ihre Frau verdient soviel, den Haushalt zu bestreiten?"

„Meine Frau? Wieso? Was braucht die zu verdienen? Bei meinem Einkommen —!"

„Ist das so bedeutend?"

„An die 6- bis 7000 Mark."

„Donnerwetter! Sechs bis sieben —"

„Sechs- bis siebentausend Mark."

„Aber damals —?"

„Ja damals! Derweile hat sich eben viel geändert. Mein Chef warf mich hinaus —"

„Bravo! Und Ihr Beruf jetzt?"

„Worauf Naturanlage mich hinweist." Er zeigte seine Hände. „Ich bin Claqueur."

Der offene Mund Konrads zeugte von neuer Verwunderung.

„Wir gründeten eine G. m. b. H., wohlorganisiertes Institut mit Hunderten von Leuten, die sämtlich unter meiner Fahne arbeiten."

Und Gabriel hielt Konrad genau denselben Vortrag über seine Wirksamkeit, wie der kurzen Marthla. Schließlich suchte er auch ihn zur Annahme seiner Dienste zu bestimmen, erreichte aber nur, daß Konrad gleich seiner Freundin sich die Sache überlegen wollte.

„Nehmen Sie zweite Klasse für fünfundsiebzig Mark", ermahnte Gabriel noch einmal in der Tür. „Das ist kein Geld, und Sie haben den [illegible] gewonnenes Spiel."

„Wollen sehen, wollen sehen."

Gabriel empfahl sich auch hier mit Würde und Anstand. Es war in der Tat anzuerkennen, wie er sich in verhältnismäßig kurzer Zeit herausgemausert hatte. Nichts mehr von der früheren [illegible] an ihm.

Als er fort war, [illegible] Konrad kopfschüttelnd. Er [illegible] einmal wieder über das Wunderspiel des Lebens. Da arbeitete er ernst, künstlerisch Tag und Nacht, wurde mühsam Zoll für Zoll [illegible] eine Stellung zu erobern, die [illegible] maren, statt normaler Hände.

[illegible] sagte Konrad etwas bitter. [illegible]

doch von Hoffnung getragen, übersehen, oder der alte Mann — was rackerte der sich ab, bloß um sein Stückchen Brot.

„Nu, Vaterl, jetzt tu mir mal die Liebe und mache, und erzähle mir, was aus Deinem alten [illegible] in der Novelle für das „Echo" werden soll."

„Du, Konrad, das wird köstlich", triumphierte Frau Lotta, die hinzugekommen war. „Der verschollene Sohn, um den die Leute all ihr bißchen Habe hingegeben hatten, kommt zurück, hat drüben jenseits des großen Wassers Geld erworben und bringt, noch gerade im rechten Augenblick, den Alten Rettung. Wie Vaterl das geschildert hat — zu schön!"

„Also doch zum guten Ende die Geschichte? Das ist recht."

„Ja siehst', ich bin der Mann der heiteren Weltanschauung, Konrad. Sollen andere das Leben schildern, wie es wirklich ist, häßlich, gemein, ungerecht, grausam, in Sünden starrend, — ich will es anders sehen, etwas mehr von einer gütigen Hand beschirmt, und — darin bin ich glücklich." — — —

Bald nachdem Konrad seinen letzten Brief nach Köln abgeschickt hatte, erhielt er wieder einen solchen ebendaher, der aber nach der Handschrift auf der Adresse diesmal einen männlichen Absender vermuten ließ. Er stammte aus der Feder des Herrn Kammersängers Werkenthin und lautete:

„Lieber Herr Rodenberg!

Ich bin soweit fertig mit dem Studium. Die Partie sitzt, und ich bitte um Ihr baldiges Kommen nach vorher erfolgter Meldung. In Köln bin ich die ganze kommende Woche frei, da Gastspiele jetzt, zu Beginn der neuen Spielzeit, für mich nicht vorliegen. Natürlich kann ich ja über bestimmte Stunden heute noch nicht verfügen. Sie müssen sich eben für zwei Tage einrichten, besser für drei, [illegible] was ich Ihnen nachstehend sage. Ihr Werk gefällt mir ausgezeichnet und liegt mir [illegible] Propaganda machen werde. In einem Falle tat ich es schon und hoffe, daß das auch gleich von Erfolg gekrönt sein wird. Professor [illegible], der Leiter unseres ausgezeichneten Chors „Harmonie", ein intimer Freund von mir, ist bereit, Ihr Oratorium mit mir als [illegible]

[illegible] Werkenthin.

Köln, 14. 9.

[illegible] Sie natürlich sofort [illegible]

Familiennachrichten.

Am 18. d. Mts. verschied infolge Unglücksfalls unser lieber Sohn und Bruder, werter Kollege

Paul Kahlert

im Alter von 24 Jahren.

Dies zeigen, um stille Teilnahme bittend an

Breslau, Matthiasstraße 185, den 21. Juni 1917

Die tiefbetrübten Hinterbliebenen, sowie seine Kollegen.

Beerdigung: Sonnabend, vormittags 11 Uhr, von der Leichenhalle in Oswitz. 2502

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer (E. H.) in Gotha.

Am 20. Juni, früh, verstarb plötzlich und unerwartet unser verehrtes Kassenmitglied, der Stellmacher 2482

Robert Zimmer

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdig. findet Freitag, 22. Juni, nachm. 5 Uhr i. Coselstatt. Um zahlreiche Beteiligung bittet **Der Vorstand.**

Stadt-Theater.

Freitag 7 Uhr: „Tannhäuser." 2139
Sonnabend 7½ Uhr: „Carmen."
Sonntag 7 Uhr: „Großes Gretchen."

Lobetheater.

Heute 8 Uhr:
Gastspiel des Berliner Trianon-Theaters 2119
„Die Hochzeitsreise".
Vorher: „Gläubiger".
Sonnabend, zum ersten Male, unter persönlicher Leitung des Komponisten:
„Himmelblättchen."
Posse mit Gesang und Tanz von Overweg. Musik von Kurt Zerlig.
Sonntag dieselbe Vorstellung.

Schauspielhaus

Operetten-Bühne. Telef. 2545
Freitag 7½ Uhr:
In neuer Einstudierung und Ausstattung
„Der Zigeunerbaron."
Sonnabend 7½ Uhr:
Zum 1. Male
unter Leitung des Komponisten:
„Die Prinzessin vom Zili."
Sonntag nachmittags 3½ Uhr, für die kriegsbeschäftigten Arbeiter:
„Der liebe Augustin."
Kartenausgabe: Sonnabend nachmittags 5—6 Uhr an der Kasse des Schauspielhauses.
Abends 7½ Uhr: 2144
„Die Prinzessin vom Zili."

Liebich-Theater

Pünktlich 7½ Uhr:
Nur noch kurze Zeit!
Die tolle Komtess
Gastspiel 2190
Ida Wüst Max Hänsler
Fritz Langendorff.

2611

Eden-Theater

Pirnaischestraße 27.
Freitag—Montag:
Die gute Fee
(Lockender Lorbeer.)
Hochgreif. Drama i. 2 Akten.
Erstaufführung in Dresden!
Das Wunder der Nacht!
Filmschauspiel üb. d. Wunder Alles Wunder . . d. Liebe, mit
Wedda Vernon
7 Akte! 7 Akte!
Hauptrolle Inge Wolmerich

Palast-Theater

Detektiv-Woche:
Barker - Swift
Hollands Detektivkönig
in dem Kriminalschauspiel
Wer war's?
— 5 Akte —
Außerdem: 2505
Das kommt vom **Bummeln**
Lustspiel in 3 Akten
n. Max Nähler i. Lichts-Theater
Ab Montag: Gastspiel
Hermine Körner

Blusen-Seide

Voile u. Seide
große Auswahl
Billige Preise
Blusen-Ecke
Schmiedebrücke 58
Ecke Nadlergasse.

Inserieren

muß ein tüchtiger Kaufmann und jeder Gewerbetreibende auch während der Kriegszeit, wenn er in dem schweren Wettbewerb

nicht

unterliegen will. Soll ihm ein großer Erfolg sicher sein, so muß er stetig inserieren und darf ein Inserat für die „Volkswacht" auch jetzt nicht

vergessen!

Viktoria-Theater.

Nur noch wenige Tage 8 Uhr
„Parkettsitz 10"
Sonntag, d. 24. Juni:
2 letzte Sonntags-Vorstellungen. 2
3½ und 8 Uhr.

Zeltgarten.

Die brillanten
Weltstadt-Spezialitäten
und Fortsetzung der
Dichterschlacht
Neubert - Holländer.

U.T.

2501 Kreuzstr. Str. fl. 6
2 große Detektivschlager.
Der Familiendiamant.
Ganz spann. Abenteuerdrama in 4 Teilen.
Der Fluch.
Pack. fesseln. Detektivdrama in 5 Teilen,
u. der übrige glänzende Spielplan.
Sitzplatz 30 Pf. Bestkl. Restauration.

Strohhüte

Jeder Art
Freund & Krebs
Karlstraße 30, an der Hofkirche
Annahme von Umformhüten.

Der Hias

Eine Begebenheit aus dem großen Kriege
Ab Sonnabend, den 23. Juni, täglich abends 7¾ Uhr
Sonntags 2 Aufführungen
Nachmittags 3½ Uhr und abends 7¾ Uhr

Zugunsten der Kriegsfürsorge!

Bisher wurden rund 600 000 Mk. Reingewinn erzielt! 2363
Karten im Vorverkauf sind an der Zirkuskasse und im Verkehrsbüro Barasch zu haben.
Nachmittags bedeutend ermäßigte Preise!
Wer Geld bringt, erhält einen guten Freiplatz!

Zirkus Busch, Louisenplatz.

Hängt Plakate vom

„Hias"

heraus und werbet für das feldgraue Spiel!

Beteiligt Euch an den Programm-Anzeigen!

Zu Gunsten der Kriegs-Fürsorge!

Die Propaganda-Leitung des feldgrauen Spiels „Der Hias"
Zirkus Busch. — Fernsprecher 3824. 2469

Salzheringe

werden ausgegeben vom 23. bis einschließlich 26. Juni 1917 auf die Lebensmittelmarke Nr. 26 zum Preise von 48 Pf. für das Stück in den Geschäften der Heringskleinhändler und zwar:

im Polizei-Revier Nr. 1	bei Weinrich, Oderstraße 7 „ Pielok, Nikolaistraße 69 „ Wiese, „ 65/68
im Polizei-Revier Nr. 2	bei Altmann, Höhlerstraße 13 „ Malkowski, Neue Sandstraße 5 „ Viertel, Markthalle I, Ritterplatz „ Bortsch, „ „
im Polizei-Revier Nr. 3	bei Stiller, Poststraße 8 „ Franke, Oertelstraße 43 „ Walthe, Klosterstraße 13
im Polizei-Revier Nr. 4	bei Klose, Weißenstraße 26 „ Töpke, Hummerei 46 67 „ Junk, „ 7
im Polizei-Revier Nr. 5	bei Kasmert, Goldene Radegasse 10 „ Schmidt, Neue Grunaerstraße 2 „ Gilge, Herrenstraße 3/4 „ Pelke, Rauschenstraße 42
im Polizei-Revier Nr. 9	bei Wende, Schönigerstraße 15 „ Hehn, „ 37 „ Mahlich, Paulstraße 2 „ Preiß, Röckerstraße 32
im Polizei-Revier Nr. 12	bei Effenberger, Gertrudenstraße 6 „ Drinke, Schönigerstraße 47 „ Schneider, Hedwigstraße 23 „ Palvermacher, Fürstenstraße 83
im Polizei-Revier Nr. 13	bei Henzel, Kaiserstraße 83 „ Döring, Grüntzstraße 25. „ Weihrauch, Mickstraße 25 „ Böhl, Gottwaldstraße 73 „ Frach, „ 61
im Polizei-Revier Nr. 14	bei Hübner, [illegible] 15 „ Swoboda, „ 39 „ Swoboda, Bautzenerstraße 45b „ Reime, Gebelstraße 97 „ Hoche, Bautzenstraße 93
im Polizei-Revier Nr. 19	bei Geppert, Lehmannstraße 34 „ Lanzner, „ 53 „ Papl, „ 65
im Polizei-Revier Nr. 20	bei Walda, [illegible]straße 50 „ Helm, Gebelstraße 47 „ Becker, Angelstraße 128 „ Hoppe, Bautzenstraße 79
im Polizei-Revier Nr. 21	bei Rauke, Gröbelstraße 82 „ Gläsch, „ 98 „ Geise, Augustastraße 10
im Polizei-Revier Nr. 22	bei Kaiwald, Gröbelstraße 27 „ Schäfer, „ 72 „ Gerstel, Bautzenplatz 5 „ Ullmann, Friedrich-Wilhelmstraße 98
im Polizei-Revier Nr. 23	bei Tietze, Martinstr. 2, Bautzenstraße „ Junk, Gebelstraße 37.

Verein Breslauer Heringskleinhändler
Schriftführer. 2499

Die Hauptstütze unserer Geldwirtschaft, das Rückgrat unserer Goldwährung ist und bleibt die Reichsbank. 1452
Nur ihr gehört in dieser eisernen Zeit das Gold.

„Gebt Gold für Eisen"

Laßt diesen Ruf nicht ungehört verhallen!
Annahmezeit im Rathaus: Wochentags von 10—12, Sonn- und Feiertags von 11—12 Uhr.

Wir blicken hell

tragen vornehme, eigenartige **Augengläser** v78
mit gewölbten Hohlgläsern, Zeiss Punktal.
— Zuteilung der richtigen Gläser unter Garantie. —

Rich. Fiedler, Optiker
Albrechtstr. 10 — Schweidnitzer Str. 42.

Trauer-Hüte

in bekannt großer Auswahl und billigen Preisen. 2183

Schmiede-brücke 15/16 **Hulda Siedner** Ecke Kupfer-schmiedestr.

Telefon 3748. Bitte meine Schaufenster zu besichtigen. Telefon 3748

Soeben erschienen!

Stiefkinder des Glücks

Roman von Maria Linden

Preis 1 Mk.
Porto 0.20 Mk.

Buchhandlung Volkswacht

Für deutschen Männer und Frauen, trennt Euch von Gold und Edelsteinen!

Zögert nicht länger, sucht die verborgenen Schätze hervor u. bringt alles Gold dahin, wo es allein jetzt hingehört. Die Münz. zur Reichsbank, die Goldsach. zur Golankaufsstelle.
Auskunft in Banken. Telefonisch von 8-12, Sonn- und Feiertags von 11-12 Uhr. 1

Beilage

Freitag, den 22. Juni 1917.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 22. Juni.

Ausgabe von Kartoffel-, Lebensmittel- und Zuckermarken sowie Milchkarten.

Diese Marken und Karten werden ausgegeben von **Montag**, den 25. bis einschließlich **Sonnabend**, den 30. Juni, **von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags** in den drei Ausgabestellen A, B und C der Polizeireviere.

Kartoffelmarken werden für die Zeit vom 9. Juli bis einschließlich 2. September (also für acht Wochen), **Zuckermarken** für die Monate Juli, August, September; **Milchkarten** ebenfalls für die Monate Juli, August und Septembur ausgegeben.

Karten und Marken müssen bestimmt zu den an den Anschlagssäulen bekannt gegebenen Zeiten abgeholt werden. Sie sind nach Empfang **sofort nachzuzählen**, Unstimmigkeiten sind sofort an Ort und Stelle zu melden. Spätere Meldungen von Unstimmigkeiten können nicht berücksichtigt und verlorene Karten und Marken nicht ersetzt werden.

Die Karten und Marken sind nach Empfang unmittelbar in die Wohnung zu bringen und dort beständig **unter Verschluß** zu halten. Zu Einkänfen sind nicht mehr Marken mitzunehmen, als man unbedingt braucht.

Stadtverordnetenversammlung.

In dieser Zeit der wirtschaftlichen Bedrängnisse bringt selbst die kleinste Tagesordnung eine lange Aussprache zustande, gestern waren es der **Obst- und Gemüsehandel**, der die Stadtväter zu ausgiebigem Erörtern ihrer Beschwerden veranlaßte. Nachdem die Stadtvv. **Wohlauer** und **Wolff** das Thema angeschnitten, verschwand es nicht sobald wieder, umsomehr, als Stadtrat **Jungfer** sich als in allen Fragen wohlunterrichteter Dezernent erwies und die aus der Versammlung vorgebrachten Beanstandungen nur bestätigen konnte. Stadtv. **Zimmer** wandte sich scharf gegen die Einsichtslosigkeit der Zentralstelle und erkennt die Bemühungen des Breslauer Magistrats um die ordnungsgemäße Versorgung der Stadt an, Stadtv. **Löbe** verlangte vor allem volle Oeffentlichkeit bei Feststellung der Preistreibereien für die Kirschen und das andere Obst sowie Zuchthausstrafen für diejenigen notorischen Wucherer, die dem Volke die letzten Lebensmittel für den Schleichhandel entziehen und unmäßig verteuern. Stadtv. **Bujakowsky**, dessen Embonpoint allerdings mehr an Schleichhandel als an 50 Gramm Butter die Woche erinnert, meinte zwar, daß nur die kleinen Diebe gehängt werden, aber das war es eben, wogegen unsere Genossen sich gewendet hatten. Die Versammlung beschloß den Beitritt zur provinzialen Geschäftsstelle für Gemüse und Obst, damit dort die Interessen der Sta t vertreten werden können.

Die anderen Vorlagen entfachten keine wesentliche Debatte. Organisatorische Mängel und Reibungen im Ausschuß für die Unterbringung der **Kinder auf dem Lande** waren schon in der Kommission besprochen worden. Als neuer Stadtrat wurde der Konservative **Beck** mit 66 von 68 Stimmen gewählt.

Die Obst- und Gemüseversorgung.

Stadtv. **Thum** (kons.) berichtet über einen Dringlichkeitsantrag des Magistrats, wonach die Stadt einer zu gründenden Geschäftsabteilung der Provinzialstelle für Gemüse und Obst für Schlesien mit einer Stammeinlage von 2000 Mark als Gesellschafterin beitreten soll. Er empfiehlt die Annahme der Vorlage.

Stadtv. **Wohlauer** (lib.) beklagt, daß die Festsetzung von Höchstpreisen für Obst und Gemüse nur wieder die Wirkung gehabt hat, daß die Waren vom Markte verschwanden. Das ist auf die bedauerliche Tatsache zurückzuführen, daß sich keine Einheitlichkeit für das Reich hat erzielen lassen. Der Magistrat hat sein Möglichstes getan, aber es genügt nicht, die Preise provinzweise festzusetzen, weil die Ware dann weiter fortwandert.

Stadtv. **Wolf** (lib.) ist gegen die Vorlage. Wir geraten immer mehr in ein unheilvolles Netz von Gesellschaften hinein, die keinen Wert haben. Die Obst- und Gemüsegesellschaft hat im Vorjahre vollkommen versagt. In diesem Jahre wurden wieder die größten Fehler in der Festsetzung der Preise gemacht. Es ist ein Skandal, wie die Pachtpreise für Obstchausseen weiter hinaufgetrieben wurden. 200000 Mark haben in unserem Bezirk die Chausseen mehr gebracht, als im vorigen Jahre, dabei waren im vorigen und im vorvorigen Jahre die Preise schon ungeheuer hinaufgetrieben. Die Gewerbetreibenden werden wegen ungebührlicher Preissteigerung unter Anklage gestellt, um diese Preissteigerung kümmert man sich aber nicht. Man läßt den Dingen einfach ihren Lauf. Die hohen Pachtpreise bedingen natürlich höhere Warenpreise, oder die Waren verschwinden in die Konservenfabriken. Rhabarber hatten wir hier nicht, weil er sogar in Breslau selbst aufgekauft wurde. Dann braucht man sich nicht über die Inserate von Sanatorien wundern, die eine glänzende Verpflegung künden. Es ist gar nicht einzusehen, daß die Stadt bei dem ganzen Kuddelmuddel von Behörden noch mit arbeiten soll. Wir müssen die Vorlage ablehnen, um zu bekunden, daß wir zur Reichsstelle keinen Funken Vertrauen mehr haben.

Stadtrat **Jungfer**: Herr Wolf hat die Dinge grau in grau gemalt, aber sie liegen zum Teil wirklich so. Wir haben nicht die Möglichkeit, die Fehler der Preiskommission zu korrigieren. Es ist selbstverständlich, daß die Waren abwandern, wenn jede Provinz ihre besonderen Höchstpreise hat. Durch Fühlungnahme mit anderen Provinzstellen wollen wir versuchen, einen Ausgleich zu schaffen. Wir müssen bedenken, daß die neuen Einrichtungen erst seit acht Tagen existieren. Ohne Höchstpreise aber kommen wir überhaupt nicht aus.

Stadtv. **Hamburger I** (lib.) kann sich der Ansicht des Stadtv. Wolf nicht anschließen. Begründet wird die Gesellschaft so wie so, und wir müssen wissen, was darin vorgeht. Man sollte es Berlin überlassen, die Höchstpreise für ganz Deutschland festzulegen. Die Abwanderung von Kirschen und Erdbeeren in die Konservenfabriken muß verhindert werden.

Stadtrat **Jungfer**: Die Abwanderung in die Konservenfabriken läßt sich schwer verhindern, denn diese zahlen jeden Preis. Kirschen werden wir in Breslau höhere [illegible] nächsten Woche. Mit Unterstützung der Gesellschaft hoffen wir im Herbst auch Aepfel zu haben.

Stadtv. **Herschel** (Ztr.): Herr Wolf hat viel Richtiges gesagt, trotzdem müssen wir aber die geringe Summe bewilligen. Es müssen Mittel gefunden werden, die Mißstände zu beseitigen, sonst kommen wir dahin, daß das **Publikum Selbsthilfe** üben muß. Wir müssen Mittel finden, um die Aufkäufe durch Konservenfabriken unmöglich zu machen. Setzen wir uns energisch hinter den Magistrat, daß der Bevölkerung das Obst nicht entzogen wird.

Stadtv. **Zimmer** (Soz.): In der Be- und Verurteilung der Dinge stimme ich mit Herrn Wolf überein. Trotzdem bitte ich, der Vorlage zuzustimmen, denn der Vertreter von Breslau wird dafür sorgen, daß wir nicht ausgeschlossen bleiben. Zur Reichsstelle für Obst und Gemüse ist es ein reiner Leidensweg. Dort ist es die vollkommene Unfähigkeit und Eigensinnigkeit, die da regiert. Herr Jungfer hat recht, wenn er einmal sagte, daß dort jedes Verhandeln aussichtslos ist. Die wissen alles besser und machen alles besser. Ungarische Frühkartoffeln bekommen wir nicht, denn in Berlin sagt man: Wir wissen am besten, wo etwas gebraucht wird. Vielleicht wird da wieder ein Kapellmeister mit dem Ankauf von Kartoffeln beschäftigt. (Heiterkeit.) Im vorigen Jahre ist die Reichsstelle darauf aufmerksam gemacht worden, daß in diesem Jahre die Höchstpreise angewiesen und rechtzeitig festgesetzt werden müssen, aber genutzt hat es nichts. Alle Mahnungen gegen die Preistreiberei haben nichts gefruchtet. Nur wenige Landräte haben es verstanden, das Wohl der Bevölkerung wahrzunehmen. In drei Jahren müßte man doch etwas gelernt haben, statt dessen sehen wir ein vollständiges Versagen aller Stellen. Breslau können wir dabei ausscheiden, aber weiter oben scheitert alles am Unverstand. Ich freue mich, daß das hier auch von anderer Seite offen ausgesprochen wurde. Hoffentlich finden die Breslauer Magistratsvertreter nun in Berlin mehr Beachtung.

Stadtrat **Jungfer**: Es ist leider so. In Berlin hat man einen Plan fertig und von diesem wird nicht im geringsten abgewichen. Es ist bestimmt worden, daß [illegible] nach Berlin verkauft werden müssen. In Schlesien ist das nicht üblich, es führt bei uns zu den größten Unzuträglichkeiten, trotzdem wird der Verkauf nach [illegible] nicht gestattet. Mit [illegible] ist es ebenso. Ich hoffe, daß die Presse ausführlich auf die Dinge verweist. Vor Monaten haben wir eine Regelung bei der Kirschenverpachtung verlangt. Die Antwort war, daß wir uns im [illegible] [illegible] Mark gezahlt wurden, hat man in diesem Jahre 7000 Mark erhalten. (Hört, hört!) Da liegt der Krebsschaden! Fünfundzwanzig Prozent unserer Tätigkeit entfällt auf zwecklose Bemühungen in Berlin.

Stadtrat **Haber**: Vor wenigen Tagen hat sich das Kriegswucheramt mit den Verpachtungen beschäftigt. Jetzt will man Rücksicht nehmen, wo alles vorbei ist.

Stadtv. **Löbe** (Soz.): Nicht die Gesellschaften selbst sind der Schaden, sie sollen für einen gerechten Ausgleich im Lande und unter den Bevölkerungsschichten sorgen, sondern ihre Mängel, ihre Kinderkrankheiten und Einseitigkeiten. Die bessern wir nicht, indem wir uns fernhalten und den Landwirten darin die Oberhand lassen, sondern da müssen die Städte mit hinein und durch Leute wie den Kollegen Wolf dazwischen pfeffern lassen. Nach den Zeitungsberichten sind die **Preistreibereien für Kirschenpacht** nicht nur bei Privaten und Dorfgemeinden, sondern auch bei Kreischausseen erfolgt, die doch den Landräten und Kreisausschüssen unterstehen. Ich wünschte, der Magistrat telegraphierte sofort und **öffentlich** an die Zentralstellen das Verlangen, die Oberpräsidenten sollen genaue Aufstellungen über die heutigen und die früheren Pachtpreise machen, damit die Oeffentlichkeit erfährt, **wo diese Treibereien vorgekommen sind und wer sie geduldet hat.** Sonst wiederholt sich dieser Skandal bei Birnen, Aepfeln und Pflaumen. Ueberhaupt geht unsere Abwehr viel zu sehr in der Dunkelkammer, in den Akten vor sich. **Oeffentlich** müssen die Mißstände gegeißelt, bekannt müssen unsere Anträge gemacht werden, damit der Druck der öffentlichen Meinung dahinter steht. General Gröner sagte einmal, es wird nicht besser, bevor ein paar Wucherer auf dem Potsdamer Platz hängen. Auch wer nicht fürs Hängen ist, fragt doch, warum die Gerichte hier so auffällig versagen. 5000 Mark Strafe für jeden, der 10000 oder 20000 verdient hat, ist garnichts. Wenn aber ein paar notorische Wucherer und Schleichhändler **zwei bis drei Jahre Zuchthaus** mit Ehrverlust bekommen haben, werden sich die anderen schon verkriechen. Die Gerichte sind doch sonst nicht so zaghaft in hohen Strafen! Auch bei uns sollte die Eisenbahn veranlaßt werden, die Abtransporte einfach abzulehnen.

Stadtv. **Laube** (lib.) bestätigt die Klagen über die Oberrüben. Er teilt die Bedenken gegen die Vorlage, will ihr aber zustimmen.

Stadtv. **Magdan** (lib.): Es bestehen Mißstände, die nicht genug gegeißelt werden können. Die schärfste Kritik ist nicht scharf genug. Die Behörden sind dazu da, um die Mißstände zu beseitigen. Was soll man aber sagen, wenn der Vertreter einer schlesischen Provinzstadt Mehl zu Preisen abgibt, die andere Leute ins Zuchthaus gebracht hätten. Und wir haben nicht erfahren, daß der Beamte etwa rektifiziert worden wäre. Helfen kann nur die Einheitlichkeit im ganzen Reiche, sonst nutzen auch Gesellschaften nichts. Der Vorlage stimmt Redner zu.

Stadtv. **Bujakowsky** (nationallib.) glaubt, daß man in der Zentralisierung zu weit gegangen ist. In der Nähe der Großstädte müßten höhere Erzeugerpreise zulässig sein. Bei Gericht werden die kleinen Diebe gehängt, die großen läßt man laufen. Kleine Geschäftsleute werden wegen Warenverteuerung oft schwer bestraft, während Händler, die enorme Gewinne erzielen, nur selten zu fassen sind.

Stadtrat **Jungfer**: Auf die Erzeugerhöchstpreise sind wir ohne Einfluß. In den Aufsichtsratsposten der neuen Gesellschaft wollen wir Herrn Wolf gern in Vorschlag bringen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Stadtv. **Thum** (kons.) weist im Schlußwort ebenfalls noch darauf hin, daß die Zentralinstanzen im Herbst rechtzeitig auf das Elend unserer Obstversorgung hingewiesen wurden, wie sie es haben entstehen lassen.

Die Vorlage wird hierauf angenommen.

* * *

Die Mehrkosten für die Aufhöhung des Gartens am **Baronschen vegetarischen Kinderhause** und 800 Mark zur Errichtung eines Ziegenstalles wurden bewilligt.

Bei dieser Gelegenheit wurde gefragt, wann denn der **Deich an der Alten Oder als Promenade freigegeben** wird. Stadtrat **G. Tilgner** erwiderte darauf, daß das vorläufig noch nicht möglich sei, so lange die Grundstücke am Damm noch nicht eingezäunt seien. Der Damm würde aber auch nur ein **kleines Stückchen** freigegeben werden können, denn es erscheine nicht angängig, den Spaziergang bei dem **Luft- und Lichtbade** vorbeizuführen. Im übrigen sei das Sache der Oberstrombau-Verwaltung und der Regierung.

Die Vorlage auf Verpachtung der abgebrannten **Werdermühle** bis zum Jahre 1925, in der eine Graupen- und Haferflockenmühle eingerichtet werden soll, ging an den Ausschuß.

Für den **Landaufenthalt der Kinder** wurden die verlangten 400000 Mark bewilligt.

Der Mietung von Räumen Albrechtstraße 11 für die **Ortskohlenstelle** wurde zugestimmt.

Das Freigerinne der Agnesmühle im **Weidenhof** wird beseitigt.

Der Mietung von Schulräumen Glogauerstraße 14 wurde zugestimmt.

Schluß der öffentlichen Sitzung nach 7½ Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Sandige Frühkartoffeln.

Trotz der beschämenden Vorkommnisse im vergangenen Jahre tritt die stark agrarische „Deutsche Tageszeitung" wiederum dafür ein, daß Frühkartoffeln „**mit der anhaftenden Erde verladen werden**". Sie sucht diese Forderung damit zu begründen, daß die Schale der Frühkartoffel zu „empfindlich" sei, um nach einer gewissen Reinigung noch einen längeren Transport zu vertragen. Darüber mögen sich unvoreingenommene Sachverständige der Reichskartoffelstelle maßgebend äußern. Inzwischen bleibt es stark auffällig, daß diese Empfindlichkeit jetzt so viel stärker als in Friedenszeiten in den Vordergrund gerückt wird. Ist der Versand der Kartoffeln mit allem Drum und Dran wirtschaftlich nötig, so darf er nur gegen entsprechende **Schwundabzüge** gestattet sein, und zu deren Feststellung sind energische [illegible] nötig. Auf keinen Fall aber darf die von Habsucht diktierte Mißwirtschaft wieder so weit gehen, daß schließlich sogar der **Verbraucher noch 10 Prozent Sand und Steine bezahlt**, die die etwaige frühere Verbindung mit den Kartoffeln längst verloren haben. Dem letzten Erben kommt es auf dasselbe hinaus, ob die Hausfrauen 10 Prozent [illegible] Kartoffeln oder die gleiche Menge Erde in Kauf nehmen müssen. Nur liegt der zweite Fall insofern schlimmer, als er [illegible] Gelegenheit zu unehrlichem Verdienst bietet.

Man kann also damit rechnen, daß bei den [illegible] [illegible]

Zurückgekehrte!

Entlassene!

Reklamierte!

Kriegsverletzte!

Arbeiter und Bürger!

Gesinnungsfreunde aus allen Kreisen!

Wollt Ihr nicht alle dazu beitragen, die **Macht des Volkes** im Vaterlande zu stärken?

Einem neuen **Deutschland der Freiheit und der Volksrechte** den Weg zu bahnen?

Habt Ihr Euch nicht oft genug gelobt, nach Eurer Rückkehr die **Reihen der Sozialdemokratie** zu stärken?

In der wahren Volkspartei für den **Frieden der Völker** und für die Befreiung von **allem Unrat** und **ungerechter Bedrückung** zu wirken?

Macht Euer Gelöbnis zur Tat!

Stärkt die Freiheits- und Friedensbestrebungen durch Euren eigenen Eintritt in die politische Organisation, die **Sozialdemokratische Partei Deutschlands**. Jeder stärke ihr Gewicht, umso erfolgreicher ist ihr Wirken.

Zaudert nicht lange! Die Partei braucht Eure Kraft. Der **Krieg** hat große Lücken in ihren Bestand gerissen. Tretet ein in diese Lücken und macht die Partei wieder groß, damit sie wirken kann

für Freiheit und Frieden!

Ich Unterzeichneter erkläre hiermit meinen Beitritt in den **Sozialdemokratischen Verein Breslau**.

Name: ______________________

Beruf: ______________________

Wohnung: ______________________

Geburtstag und Ort: ______________________

Man schneide diesen Aufnahmeschein aus und sende ihn an das Sozialdemokratische Parteisekretariat Breslau, Gewerkschaftshaus, Zimmer 36.

Der Eintrittspreis beträgt 20 Pfg., der Monatsbeitrag 40 Pfg.

Zum Großfeuer in der Odervorstadt

Die Feuerwehr hat gestern mittag nach 12 Uhr die Brandstätte verlassen. Doch sind von ihr auch heute noch Wachtposten tätig. Die großen Stapel von Brennholz der städtischen Holzspaltanstalt konnten wohl im Laufe der Nacht gelöscht und mit Hilfe des Militärs auseinandergerissen werden. Das Ablöschen der einzelnen Holzstücke erforderte jedoch langwierige Arbeit. Die Feuerwehr hatte zuletzt 18 Schlauchleitungen in Dienst gestellt, die von der Weißenburgerstraße und von der Niedergasse, vom Oderthorbahnhof und vom städtischen Straßenbahnhof aus eingriffen, von vier Motorspritzen betrieben und von einer großen Zahl von Hydranten gespeist wurden. Die Löscharbeiten leitete der Brandinspektor Kollmeyer; auch der Direktor der städtischen Straßenbahn, Hämmerhirt, war erschienen, um den Schutz der städtischen Bahnhofsanlagen zu leiten. Am Brandplatze waren sonst erschienen der Polizeipräsident und sein Stellvertreter, der Oberregierungsrat Schimmelpfennig, ein ganzer Stab von Kriminal- und anderen Polizeibeamten. Der Zudrang der Menge war ein ungeheurer, sodaß Schutzmänner und viele Abteilungen Soldaten Mühe hatten, den Brandplatz und die anliegenden freien Grundstücke und Anlagen abzusperren. Es gelang den vereinigten Bemühungen, den Oderthorbahnhof, auf dem unweit der Brandstelle Schuppen mit wertvollem, leicht brennbarem Inhalt stehen, vor der Feuersgefahr zu schützen; ebenso vermochte man das Betriebsgebäude der städtischen Holzspaltanstalt zu retten; dagegen sind Schuppen und Holzstapel, die mehrere tausend Kubikmeter Brennholz enthalten, vom Feuer ergriffen und größtenteils vernichtet worden. Die drei Schuppen der Holzgroßhandlung Hilte u. Schweitzer, desgleichen ihre umfangreichen Stapel von Bau- und Nutzholz, wurden ein Raub der Flammen.

Die vielfach gehegte Befürchtung, daß das Feuer auch die Räume erfassen könne, wo die Möbel der Kriegsfamilien von der Stadt aufbewahrt werden, hat sich zum Glück nicht erfüllt. Es ist vielmehr gelungen, das Feuer von hier fernzuhalten.

Mehr Kontrolle.

Eine Leserin schreibt uns:

„Die Festsetzung der neuen Höchstpreise für Obst und Gemüse haben geradezu unhaltbare Zustände heraufbeschworen. Zum Höchstpreise bekommt man weder Spargel, Stachelbeeren, Rhabarber, Kirschen, Erdbeeren, Mairettiche, geschweige denn Oberrüben zu kaufen. Ich mußte heute für eine Mandel Oberrüben im Gewichte von 1½ Pfund, die nach dem Höchstpreis 42 Pfg. gekostet hätten, 1,50 Mark bezahlen, der Höchstpreis wurde also nur um 1,08 Mark überschritten, das sind 259 Prozent. Verlangt man Oberrüben nach Gewicht, wie Vorschrift, wird man verhöhnt und ausgelacht; verlangt man sie gar zum Höchstpreise, wird man hinausgeworfen. Die Kleinhändler behaupten durchweg, sie müßten die Ware zu teuer einkaufen, der Erzeuger gibt sie zu den vorgeschriebenen Höchstpreisen nicht ab und wenn sie nicht zahlten, was verlangt wird, dann gebe es überhaupt keine Ware auf dem Markte. So schraubt jeder nach Belieben ins Ungemessene und der leidtragende Teil ist die breite Masse. Bei jedem, auch dem kleinsten Einkauf muß man mehr bezahlen, trotzdem die Höchstpreise doch so gestellt sind, daß jeder existieren kann. Das sind Zustände, die im Interesse der Allgemeinheit dringend der Abhilfe bedürfen. Wollte man derartige Fälle, die sich täglich wiederholen, zur Anzeige bringen, dann hätte man weiter nichts zu tun, als zur Polizei und zum Gericht zu laufen, außerdem würde man im Umkreise seiner Wohnung derartig verrufen, daß man überhaupt keine Ware mehr bekäme. Man ist also gezwungen, gegen seine bessere Ueberzeugung diesem gemeinen Wucher fortwährend Vorschub zu leisten. Gibt es denn gegen diese Ausbeutung kein Machtmittel? Müssen wir uns von unseren eigenen Mitbürgern fortgesetzt aussaugen lassen? Die Opfer, die wir bisher brachten, sind doch wahrlich nicht gering, und es ist unbedingt notwendig, daß die Behörde unverzüglich einschreitet, damit die Verbitterung nicht noch weitere Kreise ergreift.

Es muß ein Mittel geben, uns zu schützen, und das bestände am besten in einer schärferen Kontrolle. Da die Schutzleute nicht ausreichen dürften, erlasse man einen Aufruf an alle wohlgesinnten Frauen und Männer, die geeignet und geneigt sind, zum Wohle ihrer Mitmenschen derartige Kontrollehrenposten zu übernehmen. Einige hundert Leute mit behördlichem Ausweis versehen, besuchen die Frühmärkte, Groß- und Kleinhändler und bringen jeden Fall von Ueberschreitung sofort zur Anzeige. Den großen und kleinen Wucherern wird ein heilsamer Schrecken widerfahren und sie werden endlich einsehen, daß die Gesetze nicht nur zum Uebertreten gemacht sind.

Es wäre der schönste Lohn für die Arbeit, wenn dieser Hydra des Wuchers so schnell als möglich der Kopf abgeschlagen würde. Eile tut not!"

Soweit die Zuschrift. Früher wurden solche Kontrollen vom Kriegsausschuß für Konsumenten im behördlichen Auftrage vielfach vorgenommen, so z. B. um der Ueberschreitung der festgesetzten Fleischpreise zu steuern. In letzter Zeit haben wir von einer solchen Kontrolltätigkeit nichts gemerkt, doch lehrt die Zuschrift, daß sie wieder energisch aufgenommen werden muß.

Vorstellung für Rüstungsarbeiter.

Die nächste Vorstellung für kriegsbeschäftigte Arbeiter findet am Sonntag nachmittag 3 Uhr im Schauspielhause statt; zur Aufführung gelangt: „Der liebe Augustin". Billetausgabe Sonnabend nachmittag von 3 bis 6 Uhr an der Theaterkasse.

Vom Wetter.

Heiß brannte auch gestern wieder die Sonne den ganzen Tag über auf die durstenden Felder. Am Abend türmten sich im Westen Wolkenberge auf, die wohl in einiger Entfernung von Breslau Regen gebracht haben werden, bei uns aber sind sie vorbeigezogen. Das Barometer ist seit gestern wieder stärker gefallen, und zwar um vier Millimeter. Inzwischen beginnt sich der Himmel mit Wolken zu überziehen, die hoffentlich das ersehnte Naß herniedersenden werden. Der amtliche Wetterbericht kündet strichweise Gewitter.

Aus den Tagen des Kriegsausbruchs.

Um Feststellung von Entschädigungen aus dem Festungs-Rayongesetz vom 21. Dezember 1871 handelte es sich bei der Anfechtung eines Beschlusses des Bezirksausschusses durch den Regierungspräsidenten in Breslau. Infolge der Armierung der Festung Breslau aus Anlaß des Krieges mußte auch ein Teil des Parkes des Gutsbesitzers Grätzer niedergelegt werden, da jener Teil im Festungsrayon liegt. 1915 wurde Grätzer dann aufgefordert, gemäß dem Rayongesetz seinen Entschädigungsanspruch anzumelden, was er auch tat.

Der Bezirksausschuß lehnte aber die Feststellung der Entschädigung ab, indem er sich für unzuständig erklärte für die Feststellung der Entschädigungen für die in Frage kommenden Armierungsvorgänge.

Der Regierungspräsident focht den Beschluß des Bezirksausschusses als gesetzwidrig an, weil es Aufgabe des Bezirksausschusses gewesen wäre, die Entschädigung festzusetzen.

Das Oberverwaltungsgericht lud den Gutsbesitzer und die Kommandantur dem Verfahren bei und entschied, daß der Beschluß des Bezirksausschusses, durch den er sich für unzuständig erklärte, aufzuheben sei. In der Begründung wurde ausgeführt: Der Bezirksausschuß habe zu Unrecht seine Unzuständigkeit für die Feststellung der Entschädigung angenommen. Auch Beschränkungen, die infolge der Armierung fester Plätze eintreten, seien Rayonbeschränkungen im Sinne des Gesetzes. Und für alle Rayonbeschränkungen, ob sie nun im Frieden oder im Kriege eintreten, habe das Gesetz Entschädigungen vorgesehen und einheitlich geordnet. Somit werde die Feststellung der Entschädigung durch den Bezirksausschuß auch für solche Fälle festgelegt, wie hier einer vorliege. Nach Sinn, Zweck und Wortlaut des Gesetzes habe der Bezirksausschuß die Feststellung der Entschädigung für beide Fälle von Rayonbeschränkungen vorzunehmen, sowohl für die im Frieden, als auch für die, die durch Armierung im Kriege eintreten.

Der Bezirksausschuß wird also nunmehr die Feststellungen der Entschädigungen vornehmen müssen.

* **Ueber Beschlagnahme und freiwillige Ablieferung von Kupfer und Kupferlegierungen** gibt der Magistrat im heutigen Anzeigenteile die Ausführungsbestimmungen bekannt.

* **Einbruchsdiebstähle.** In den letzten acht Tagen sind aus einem verschlossenen Keller Lehmgrubenstraße 23 5 Zentner Kohle, 10 Pfund Kartoffeln, eine Flasche Brennspiritus und einige Briketts gestohlen worden. — Mittels Nachschlüssels ist ein Dieb am 16. Juni in eine Wohnung Michaelisstraße 38 eingebrochen und hat sämtliche Brot- und Kartoffelmarken für 3 Personen entwendet. — Eine verschlossene Bodenkammer im Hause Lehmdamm 44 ist mittels Nachschlüssels in der Zeit vom 2. bis zum 10. Juni von einem Diebe heimgesucht worden, der dort 3 wollene Herrenhemden, 2 wollene Beinkleider, 7 Damenhemden, 3 wollene Unterhemden, 5 Paar Strümpfe, 2 Vorhänge, 5 Handtücher, 2 Fenstergardinen, 1 Bettdecke, 4 Unterröcke, 5 Unterhosen, 4 weiße Bettbezüge, 1 Gebett Betten mit rot- und weißgestreiften Inletts, die Wäsche war gezeichnet zum Teil mit F. R., L. K. und zum Teil mit M. K. oder L. K.

* **Von der Straßenbahn überfahren** wurde am 20. Juni nachmittags 5¾ Uhr auf dem Kaiser-Wilhelmplatz eine Frau von Neudorfstraße 100. Sie geriet unter die Schutzbretter und es mußte die Feuerwehr und der städtische Rettungswagen herbeigerufen werden, um zunächst den betreffenden Wagen emporzuheben, damit man die Frau hervorholen konnte. Glücklicherweise scheint die Frau nur äußerliche Verletzungen an Armen und Beinen und am Gesicht davongetragen zu haben, dagegen keine innere Beschädigungen, da sie aufstehen und sich fortbewegen konnte. Sie wurde von Samaritern der Feuerwehr nach dem Wenzel-Hancke-Krankenhaus geschafft.

* **Die Feuerwehr** ist am Mittwoch, nach längerer Ruhezeit außer von dem großen Brande an der Weißenburgerstraße sonst noch viermal in Anspruch genommen worden. Vormittags um 8 Uhr rückte sie nach Striegauerstraße 3 aus, wo in der Linke-Hofmann-Fabrik von der Dachverschalung über dem Kesselhause wahrscheinlich durch ausfliegende Funken aus dem Schmelzofen eine Fläche von etwa 2 Quadratmeter Größe in Brand geraten war. Die Wehrmänner löschten den Brand mit der Eimerspritze. — Kurz nach 11¾ Uhr wurde die Wehr nach dem Bahndamm an der Kaiser-Wilhelmstraße gerufen, wo wieder ein Grasbrand zu löschen war. Etwa wieder 100 Quadratmeter dürre Grasfläche, die von ausfliegende Funken aus einer Lokomotive in Brand gesetzt worden waren, wurden von der Wehr teils mit der Eimerspritze, teils durch Ueberschütten mit Sand abgelöscht. — Nachmittags gegen 2¾ Uhr war in dem Hause Bierturmstraße 8 in einer im zweiten Stock nach der Straße zu gelegenen Küche der Gaskochertisch in Brand geraten, und das Feuer hatte Bretter und Holz unter dem Tisch ergriffen und auch Fußboden und Scheuerleisten angekohlt und den Wandputz geschwärzt. Es gelang den Bewohnern den Brand, dessen Ursache unermittelt ist, schon vor Ankunft der Wehr abzulöschen. — Etwa eine Stunde später eilte die Wehr nach Anderssenstraße 15. Dort war auf dem rechten Seitengebäude das Moos auf dem Dache auf unermittelte Weise in Brand geraten, vermutlich durch aus einem Schornstein ausfliegende Funken. Der Brand wurde von der Wehr durch Ueberschütten mit Sand abgelöscht. — Gegen 6½ Uhr wurde die Wehr infolge blinden Feuerlärms nach Nadlergasse 7 beordert, wo zurückgedrückter Rauch ihr Herbeirufen veranlaßt hatte; um 7½ Uhr abends nach der Lohestraße zur Niederlage des Kraftwagendepots. Dort war in einem Vorraum zu ebener Erde Putzwolle, Kleinholz und Kohle infolge Spielens der Kinder mit Streichhölzchen in Brand geraten, der aber schon vor Eintreffen der Feuerwehr gelöscht werden konnte. — Am Donnerstag, vormittags gegen 9½ Uhr, war in dem Grundstück Pöpelwitzstraße 40 in einem Klosett der Fußboden mutmaßlich auch durch Fortwerfen eines brennenden Streichhölzchens in Brand geraten, der sich bis zum darunter liegenden Balken fortgepflanzt hatte. Die Wehrmänner konnten erst nach Freilegen der Dielung den Brand mittels der Eimerspritze löschen.

* **Stadttheater.** Heute abend 7 Uhr: „Tannhäuser". Sonnabend abend 7½ Uhr: „Carmen". Sonntag abend 7 Uhr: „Giroflé-Girofla".

* **Schauspielhaus** (Operettenbühne). Freitag: „Der Zigeunerbaron". Sonnabend zum ersten Male: „Die Prinzessin vom Nil". Sonntag nachmittag für die kriegsbeschäftigten Arbeiter: „Der liebe Augustin". Kartenausgabe: Sonnabend von 3 bis 6 Uhr an der Kasse des Schauspielhauses. Sonntag abend: „Die Prinzessin vom Nil". Montag: „Der Soldat der Marie". Dienstag: „Die Prinzessin vom Nil".

* **Liebich-Theater.** Nur noch wenige Tage verbleibt „Die tolle Komteß" mit Ida Vane in der Titelrolle.

* **Viktoria-Theater.** Das erfolgreiche Max Walden-Gastspiel mit „Parkettsitz Nr. 10" dauert nur noch bis Ende dieses Monats. Am Sonntag finden die letzten beiden Sonntagsvorstellungen statt, nachmittags 3½ Uhr und abends 8 Uhr.

* **„Der Hias" im Zirkus Busch.** Uns wird geschrieben: Mit großer Spannung wird aus allen Kreisen des Publikums die Erstaufführung des feldgrauen Spiels „Der Hias" erwartet; die Nachfrage nach den Plätzen ist bereits eine recht rege. Es steht deshalb zu erwarten, daß „Der Hias", ebenso wie in allen anderen deutschen Städten, auch hier in Breslau stets volle Häuser erzielen wird. Die Aufführungen im Zirkus Busch, zu denen der Verfasser und Oberspielleiter des „Hias" persönlich eintreffen wird, werden sich zu Elite-Aufführungen gestalten. Nicht nur, daß eine besondere Bühne durch einen eigens hinzugezogenen Bühnenarchitekten in den Zirkus neu eingebaut wurde, die die Möglichkeit zur Ausnutzung starker Effekte bietet, es werden außerdem auch die besten und bewährtesten feldgrauen Darsteller der vielbesprochenen Münchener, Berliner, Hamburger, Stettiner, Bremer, Dresdener, Leipziger usw. Aufführungen im Zirkus Busch mitwirken. Der starke Erfolg, der dem „Hias" überall beschert war, wird sicher auch in Breslau nicht ausbleiben, was umsomehr zu erwarten und zu wünschen ist, als der volle Reingewinn, der bisher mehr als 900 000 Mark beträgt, ungekürzt der Kriegsfürsorge zugute kommt. Der Vorverkauf findet ab Freitag an der Zirkuskasse (Tel. 3824) von 10—2 Uhr und von 5 Uhr nachmittags ab und im Verkehrsbureau Barasch statt.

* **Palast-Theater.** Detektiv Barker-Swift, Hollands Detektivkönig in dem spannenden Kriminalschauspiel: „Wer wars", 5 Akte. Außerdem: „Das kommt vom Bummeln", Lustspiel in 3 Akten mit Nanni Zimmer und Max Köhler.. Ab Montag: Gastspiel Hermine Körner.

* **Eden-Theater.** Unter dem Titel „Das Wunder der Nacht" bringt der neue Spielplan ein Schauspiel in 7 Akten, dessen Inhalt vom Wunder aller Wunder . . . der Liebe handelt. Der übrige Inhalt des Spielplans ist reichlich und gut gewählt.

Aus aller Welt.

Ein Bezugschein auf — Regenersatz.

Da der Himmel in letzter Zeit gar kein Einsehen zu haben scheint, uns sein köstliches Naß zu spenden, sahen sich die Bewohner der Kupfermühle in Flensburg genötigt, bei ihrem Feuerwehrhauptmann einen „Bezugschein auf Regenersatz" zu beantragen. Unter großem Jubel der Jugend fuhr um 7 Uhr abends die Feuerspritze auf in die Kleingärten und gegen 11 Uhr hatte man bei fleißiger Pumpenbedienung durch Männlein und Weiblein etwa 500 Quadratruten Kartoffel- und Gemüseland eine kräftige Dusche gegeben.

Erdbeben in Württemberg.

In der Nacht zum Dienstag um 1 Uhr 10 Minuten wurde in Stuttgart ein heftiger Erdstoß verspürt. Darauf erhob sich ein gewaltiger Sturm, der die Einwohner aus dem Schlafe weckte. Am Bodensee war, wie aus Radolfzell und Konstanz berichtet wird, der Stoß in der Richtung West-Ost so stark, daß die Gegenstände in den Zimmern ins Wanken gerieten. In Aalen, Heidenheim, Ebingen und Ulm wurde ein dreifacher Stoß wahrgenommen. In Konstanz dauerte das Beben drei bis vier Sekunden und war von starkem unterirdischen Rollen begleitet. Es bewegte sich in der Richtung von Südost nach Nordwest. Die Hausbewohner eilten, erschreckt durch die starke wellenförmige Bewegung, zum Teil auf die Straße. Ein Unfall ist nicht bekannt geworden. Das Beben war merklich milder, als das vom 16. November 1911.

Wie aus Singen an der Aach und aus Waldshut gemeldet wird, wurde heute nacht kurz nach 1 Uhr dort gleichfalls ein Erdstoß unter donnerähnlichem Geräusch verspürt.

Leipzig im Dunkeln. Wie in Stuttgart, Hamburg, Dresden wird in Leipzig die Gasbeleuchtung bis auf weiteres wegen Kohlenmangels eingestellt.

Ausgiebige Niederschläge am Oberrhein. Aus Köln wird gemeldet: Die in der letzten Woche fast täglich niedergegangenen [illegible] zufolge, dort und im Vorgebirge äußerst befruchtend gewirkt. In diesem Sommer waren bis heute bereits mehr als doppelt so viel Gewitter zu zählen, wie im ganzen vorigen Sommer zusammengenommen. Die Ernte steht ausgezeichnet. Seit einigen Tagen ist man überall mit den Heuarbeiten beschäftigt.

Waldbrand in der Letzlinger Heide. In dem Jagdrevier des Kaisers in der Letzlinger Heide wütet ein großer Waldbrand, bei dem bisher viertausend Morgen Kiefernwald vernichtet wurden. Magdeburger Militär in Stärke von 1000 Mann sind eifrig an der Brandstelle tätig und haben bereits die größte Gefahr beseitigt. Ein in der Nähe gelegenes Heidedorf konnte gerettet werden.

Das englische Frauenstimmrecht. Das Unterhaus hat mit 291 gegen 25 Stimmen das Alter zur Berechtigung des Frauenstimmrechtes auf 30 Jahre festgesetzt.

Todessturz aus dem Eisenbahnzuge. Am Dienstag morgen gegen 7½ Uhr wurde von einem Bahnwärter bei Bude 48 zwischen den Gleisen der von Fürstenwalde nach Frankfurt a. O. führenden Linie der Staatsbahn die schrecklich verstümmelte Leiche eines jungen Mannes gefunden. Wie später aus vorgefundenen Papieren festgestellt wurde, ist der Tote mit einem gewissen Erich Zicoll aus Bobrek in Schlesien identisch. Der junge Mann, der einen Schnellzug nach Berlin benutzt hatte, hat vermutlich auf der Plattform eines Eisenbahnwagens gestanden und ist dann bei einer Kurve vom Wagen gestürzt.

Waldbrände. Am 20. Juni mittags sind in den sächsischen Staatswaldungen zwischen Edle Krone und Klingenberg Waldbrände entstanden, die einen erheblichen Schaden angerichtet haben. Durch die Bemühungen der Forstbediensteten und des aus Freiberg zusammengezogenen Militärs gelang es, den Brand einzudämmen. Die Erörterungen über die Entstehung des Feuers sind noch nicht abgeschlossen.

Hebung der „Lusitania"? Die Frage, ob der Dampfer „Lusitania", der in 81 Meter Tiefe liegt, gehoben werden kann, wird in der englischen und neutralen Presse verschiedentlich erörtert. Ein schwedischer Fachmann, Kapitän Eklund, hält dies für unmöglich, da zwar Taucher schon zu solchen Tiefen vorgedrungen sind, aber meist schwere Gesundheitsschädigungen oder den Tod davongetragen haben. Demgegenüber wird die Ansicht vertreten, daß bei Verwendung geeigneter Tieftaucheinrichtungen das Tauchen bis zu dieser Tiefe durchaus möglich sei, wenn nur beim Aufstieg die richtige Technik angewendet werde. Ein Arbeiten, unter Umständen [illegible] nachfolgende Gesundheitsschädigung der Taucher durchaus möglich, wenn nur körperlich gesunde Taucher dazu herangezogen würden und wenn das Schiff nicht starken Strömungen ausgesetzt sei.

Schweinemast im Oderbruch. In den Hauptortschaften des Oderbruches wird in diesem Jahre neben der Gänsemast auch die Schweinemast in großem Umfange betrieben werden. Der Handel mit Futterschweinen und mit Ferkeln ist in den letzten Wochen recht beträchtlich gewesen; die gebotenen und die erzielten Preise halten sich in normalen Grenzen.

Umständlicher Selbstmörder. Auf schaurige Weise machte in Herxheim am Berg (Pfalz) der 73 Jahre alte Tagner Johannes Haß seinem Leben ein Ende. Haß, der Witwer war und für sich allein ein Haus bewohnte, trug sein Bett, Weinbütten, mehrere Gebund Reben usw. in seinen Keller, errichtete damit einen Scheiterhaufen, begoß denselben mit Petroleum und zündete ihn an, nachdem er sich vorher darauf gesetzt hatte. Hierauf schoß er sich mit einem mit Wasser geladenen Terzerol in den Mund. Als der Schwiegersohn des Haß in das Haus kam, bot sich diesem ein entsetzlicher Anblick. Von der Leiche war nur noch der Rumpf und ein Arm übrig. Der Kopf lag zerfetzt umher. Alle übrigen Teile waren vollständig zu Asche verbrannt. Das Haus war nicht in Brand geraten. In einem Teller wurde das Papiergeld des Haß vollständig in kleine Stückelchen zerschnitten vorgefunden. Zwei Brüder des Selbstmörders haben bereits früher, der eine durch Erhängen, der andere durch Erschießen Selbstmord verübt.

Wie man sich in heißen Gegenden vor der Hitze schützt. In den heißen Gegenden unserer Erde sind freilich die Bewohner an die Unbilden der Hitze mehr gewöhnt als in unseren gemäßigten. Nichtsdestoweniger haben sie aber auch genug davon zu ertragen. Die vornehmen reichen Perser haben zum Beispiel versenkbare Zimmer; ja sie haben ganz gläserne Paläste, die in der üppigsten Weise ausgestattet sind, mit denen sie auf dem Wasser auf eigenartigen Bohleneinrichtungen herumschwimmen, und die sie unter die Wasserfläche tauchen lassen. Natürlich sind Vorrichtungen für die Zufuhr frischer Luft getroffen. So war z. B. der Seepalast des Fürsten von Kano berühmt. In China hat man über der Wasserfläche „schwebende Galerien" errichtet, die ähnlich wie unsere Seestege in den Seekurorten eingerichtet sind, nur daß sie höher gelegen und weiter in die Wasserfläche hinausgebaut sind. Auf den Sundainseln hat man für die heiße Zeit ganze Seedörfer gebaut, kleine Hütten auf hohen Pfählen mitten im See.

* **Lobe-Theater.** Gastspiel des Berliner Trianon-Theaters. Sonnabend zum ersten Male die Gesangsposse „**Kümmelblättchen**", Musik von Kurt Zorlig. Der Komponist inszeniert sein Werk selbst und hat auch die musikalische Leitung.

* **Beim Baden bestohlen** wurde am 19. Juni am Damm der Oder bei Morgenau eine im Strome badende, aus Mann, Frau und Kind bestehende Familie. Es sind ihnen von ihren im Gebüsch niedergelegten Kleidern ein Paar Herren-, ein Paar Damen- und ein Paar Kinderschuhe gestohlen worden.

* **Selbstmordversuch.** Am 20. Juni wurde in einem Abtrittsraum des hiesigen Hauptbahnhofes ein hiesiges Dienstmädchen bewußtlos aufgefunden. Es hatte Gift genommen. Samariter der Feuerwehr schafften es ins Wenzel-Hancke-Krankenhaus.

* **Beim Baden ertrunken** ist am 20. Juni ein 16jähriger Primaner, Sohn eines Professors von Neudorfstraße 43. Er badete mit zwei anderen Schülern in der Oder oberhalb Pleischwitz, ist dabei plötzlich untergegangen und nicht wieder zum Vorschein gekommen. Seine Leiche hat bisher nicht geborgen werden können.

Neueste Nachrichten.

Die Lage in Rußland.

Petersburg, 21. Juni. Heute wurde der allgemeine Kongreß der Kosakentruppen im europäischen und asiatischen Rußland in Gegenwart von mehr als 400 Abgeordneten eröffnet. Die erste Rede hielt der frühere Minister Gutschkow.

Petersburg, 21. Juni. Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur traten heute die Eisenbahner des ersten Abschnittes der Nikolas-Bahn, die Petersburg und Moskau verbindet, in den Ausstand, ohne die Ergebnisse der Arbeiten des Schlichtungs-Ausschusses abzuwarten. Die vorläufige Regierung veröffentlichte aus diesem Anlaß einen Aufruf an die Bevölkerung der Hauptstadt, in dem sie diese dringend auffordert, im Hinblick auf die Möglichkeit einer Ausdehnung des Streiks ruhig zu bleiben, und die Hoffnung aussprach, daß die Streikbewegung durch den Widerstand der übrigen Eisenbahner, die den Streik nicht billigen, zum Stillstand kommen werde.

Petersburg, 21. Juni. Nach einer Reutermeldung wurde über die Stadt **Tomsk**, nachdem von begnadigten Gefangenen, die unter die Waffen gerufen wurden, und von Anarchisten zahlreiche Morde (?) und Diebstähle verübt worden waren, das **Kriegsrecht** verhängt. Es verlautet, daß eine Verschwörung im Gange war, die Banken und Geschäfte zu plündern, die Direktoren zu ermorden. Ueber 1500 (?) Begnadigte und 800 (?) andere Personen wurden verhaftet. Es wurde Widerstand geleistet; etwa 20 Personen wurden getötet und eine Anzahl verwundet.

Petersburg, 21. Juni. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Kriegsminister **Kerenski** hat befohlen, daß alle eingezogenen Reservisten, die vorläufig zu Landarbeiten beurlaubt waren, **wieder einrücken**.

Kopenhagen, 21. Juni. „Berlingske Tidende" meldet aus Haparanda: Der finnische Senat teilte der russischen Regierung mit, daß Finnland von einer Hungersnot bedroht ist. Da Unruhen zu befürchten sind, sei es notwendig, die Lebensmittelfrage für Finnland zu regeln. Entweder müsse Finnland aus Rußland Getreide erhalten, oder Rußland müsse die russischen Truppen aus Finnland zurückrufen.

Stockholm, 21. Juni. Nach der Zeitung „Iswestija" protestierte eines der in Helsingfors befindlichen **russischen Regimenter** in einem Telegramm an den Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg gegen die chauvinistischen Kriegsziele der französischen Regierung und forderte den Rat im Namen Rußlands auf, der russischen Armee zu antworten, **daß Rußland niemals eine Aktion zugunsten von Annexionen und Kriegsentschädigungen unternehmen könne.**

Stockholm, 21. Juni. Svenska Telegrambyran. Die Abteilung für internationale Beziehungen des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates gibt am 22. Juni in Stockholm **Berichte mit authentischen Telegrammen des Rates** in deutscher, französischer und englischer Sprache heraus.

Politische Uebersicht.

Zur Kohlenversorgung.

Zum Reichskommissar für Kohlenverteilung ist an Stelle des zurückgetretenen Ge . Oberbergrats Fuchs dessen bisheriger Stellvertreter Oberbergrat Stutz ernannt worden.

Im „Reichsanzeiger" vom Donnerstag abend werden die gewerblichen Verbraucher von Kohlen, Koks und Briketts mit einem monatlichen Verbrauch von mehr als 10 Tonnen ersucht, ihren Bedarf an diesen Brennstoffen in der Zeit vom 1. bis 5. Juli anzumelden. An der bisherigen Praxis der Selbstbeschaffung soll nichts geändert werden, sondern mit der Meldung soll lediglich die Kontrolle über den Kohlenverbrauch hergestellt werden.

Der frühere antisemitische Reichstagsabgeordnete Raab ist in Hamburg an einem Schlaganfall gestorben. Er vertrat von 1898 bis 1903 den Wahlkreis Flensburg-Apenrade und von 1904 bis 1911 den Wahlkreis Eschwege-Schmalkalden. Sein Spezialgebiet war, abgesehen von seinem Antisemitismus, die Mittelstandspolitik.

Schlesien und Posen.

Görlitz, 21. Juni. Die Volksküchen. In den drei Volksküchen werden hier täglich, mittags und abends, durchschnittlich etwa 30.000 Portionen Essen abgegeben. Forstmeister Jäger, der Dezernent der städtischen Forstverwaltung, stellt seit einiger Zeit den Küchen gegen sehr geringe Vergütung **Hirsche** aus der Görlitzer Heide zur Verfügung. Am Sonntag wurden von fünf Hirschen rund 1500 Portionen Hirschragout mit Kartoffeln in den hiesigen Küchen abgegeben. Die Portion Wildgericht mit Kartoffel kostet 40 Pf.

Striegau, 21. Juni. Sie wollten mitmachen. Am Sonntag vormittag wurden auf dem hiesigen Hauptbahnhofe zwei kriegsgefangene Russen festgenommen. Die beiden Ausreißer gehören dem Gefangenenlager in Sprottau an und waren auf einem Dominium, dessen Name diese nicht wußten, beschäftigt. Die beiden Russen, die nach ihrer Angabe bereits im Jahre 1914 vorübergehend hier auf dem Exerzierplatz untergebracht waren, wollten nach Rußland wandern, um sich an der Revolution beteiligen zu können.

Firchau (Kr. Schlochau), 22. Juni. In den Flammen umgekommen. Ein großes Feuer entstand bei dem Besitzer Ladwig in Firchau dadurch, daß ein 7jähriger Knabe des Besitzers in der Scheune mit Streichhölzern spielte. Das Gehöft mit sämtlichen Gebäuden, Vieh und Inventar ist niedergebrannt, auch der erwähnte Knabe fand den Tod in den Flammen. Mehrere Nachbarhäuser sind ebenfalls abgebrannt; dabei verbrannten einem Schmiedemeister 1000 Mark in Papiergeld.

Königshütte, 22. Juni. Ein grausiger Mord hat sich nachts unter Tage auf dem Bahnschacht zugetragen. Ein russischer Kriegsgefangener und ein Zuchthäusler haben einen ihrer Arbeitskollegen umgebracht. Um die Spuren ihrer Tat zu verwischen, packten sie die Leiche in einen Kasten und schickten sich an, diesen zu verbrennen. Hierbei wurden sie abgefaßt und der Tat überführt. Die beiden Mörder wurden verhaftet.

Kattowitz, 22. Juni. Aus der Partei. Der diesjährige Bezirksparteitag für den oberschlesischen Agitationsbezirk findet am Sonntag, den 22. Juli, nachmittags 2 Uhr, in Kattowitz statt.

Briefkasten.

R. O. H. 4. Wenn es sich um einen Befehl handelt, dann muß der Soldat dem Unteroffizier allerlei Dienstmädchenarbeiten machen.

W. C. 90. 1. Der letzte Wille muß dem Gericht überreicht werden. 2. Kinder zahlen keine Erbschaftssteuer. 3. Das Putzzeuggeld steht Ihnen leider nicht zu.

Chem. H.-Br. Unteroffizier-Löhnung können Sie nur erhalten, wenn Sie Unteroffizier sind, sonst nicht; die lange Dienstzeit allein genügt nicht.

O. Sch. Wohnungsumzüge sind Sonntags verboten.

K. G. Sie hätten vielleicht Entschädigungsansprüche stellen können, aber jetzt nach mehreren Jahren ist das nicht mehr möglich. Lassen Sie die Sache ruhen.

W. Was wollen Sie denn über das Heiraten wissen? Das müssen Sie uns doch sagen. Aktiv dienende Leute brauchen zum Heiraten eine Erlaubnis, die anderen Leute nicht.

J. E. 100. Ihre Mutter kann wohl nichts erhalten, aber Sie müssen den Antrag auf Krankenrente beim dortigen Versicherungsamt stellen.

Landstm. M. 1. Bei Sonntags-Urlaub gibt es weder Löhnung noch Verpflegung. Das ist Vorschrift. 2. Gegen zu strenge Behandlung können Sie sich beschweren.

P. K. Was dort eine Wöchnerin an Brot usw. zu verlangen hat, das wissen wir nicht; das können Sie nur vom Gemeindevorsteher erfahren.

W. L. 86. Von einer solchen Löhnung ist uns nichts bekannt; wir glauben auch nicht, daß sie gezahlt wird. Am besten ist es doch, Sie fragen Ihren Kompagnieführer.

J. G. M. 55. 1. Die Strafe ist gelöscht. Lassen Sie sich das vom Gericht bestätigen. 2. Wenn er **Unteroffizier** ist und länger als 5½ Jahre dient.

J. K. Liegnitz. Gewiß, Sie haben Anspruch auf Invalidenrente, wenn Sie noch Invalide sind. Der Antrag ist dort beim Versicherungsamt zu stellen.

Schlesisches Schokoladenhaus-Verkaufsstellen: Frankenstein, Breslauerstr. 6. ○ Gleiwitz, Wilhelmstr. 24. ○ Hindenburg, Kronprinzstr. 187. ○ Schwientochlowitz, Bahnhofstr. 1. ○ Kattowitz, Grundmannstr. 12. Myslowitz, Ring 16. ○ Beuthen, Piekarerstr. 26. ○ Tarnowitz, Krakauerstr. 6.

Vereine und Versammlungen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Donnerstag, d. 28. Juni, abds. 8¼ Uhr, im Haupt-Restaurant des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17:

Fortsetzung der GENERALVERSAMMLUNG

Tagesordnung: 2510

1. Wahl eines Vorstandsmitgliedes, Ergänzungswahlen zum Bezirksvorstand, Wahl der Revisoren, der Presse-Kommission und des Bildungs-Ausschusses.
2. Vortrag des Genossen **Löbe**: Die Konferenzen in Stockholm.

Nur Mitglieder haben Zutritt. Wer länger als drei Monate mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann der Zutritt nicht gewährt werden. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. — Die Versammlung wird pünktlich 8¼ Uhr eröffnet. **Der Vorstand.**

Himbeer-Saft
Limonaden-Essenz
Alkoholfreier Punsch
Paul Glatzel, Breslau
Kornbrennerei 1797
Rosenthalerstr. 18
Friedrich-Wilhelmstr. 85
Kaiser-Wilhelmstr. 78.

Arbeiter-Frauen
bezieht Euch bei Einkäufen auf die
„Volkswacht".

Im Betriebe der städtischen Straßenbahn Breslau werden gebraucht:

40 **Schlosser und Schmiede,**
je 2 **Tischler, Lackierer, Maler,**
4 **Schachtmeister oder Aufseher,**
30 **Arbeiter für Werkstatt oder Gleisbau,**
3 **Kutscher,**
6 **Bahnwärter,**
2 **Nachtwächter.**

Meldungen werden im Verwaltungsgebäude der städtischen Straßenbahn, **Steinstraße 71/73**, werktags von 8—12 Uhr, entgegengenommen. 2506

Breslau, im Juni 1917.

Der Magistrat.

Deutscher Eisenbahner-Verband, Ortsverwaltung Breslau.

Achtung! Achtung!
Sonntag, den 24. Juni, nachm. Punkt 5 Uhr
im großen Saale des „Deutschen Kaiser"
Friedrich-Wilhelmstraße:

Große Eisenbahner-Versammlung

für Breslau und Umgegend.

Tagesordnung:
Arbeitszeit — Lohn — Akkordsystem

Freie Aussprache.

Jeder Eisenbahner, ob Werkstatt-, Betriebs- oder Güterbodenarbeiter (auch deren Ehefrauen) sowie die [illegible] Hilfsarbeiterinnen, welche Interesse an ihrem [illegible] Fortkommen haben, sind freundlichst eingeladen.

2509 **Die Ortsverwaltung Breslau.**

Bekanntmachung.

Oeffentliche, kostenfreie Impfungen zum Schutze gegen Pockenerkrankung.

Vom nächsten Sonntag — den 24. Juni 1917 — ab finden die Sonntags-Impfungen nur noch an folgenden **fünf** Stellen statt:

1. im Turnsaale der Viktoriaschule, Blücherstraße 9/13,
2. im Elisabeth-Gymnasium, Arletiusstraße 1,
3. im Wohlfahrtshause, Friedrich-Wilhelmstraße 101,
4. in der höheren Knabenschule, Albrechtsstraße 12,
5. im Lyzeum, Zimmerstraße 13.

Für größere, vorher beim städtischen Gesundheitsamte, Nikolaistadtgraben 25, angemeldete geschlossene Gruppen aus Fabriken usw. werden besondere unentgeltliche Impftermine angesetzt werden.

Breslau, den 18. Juni 1917. 2500

Der Magistrat
hiesiger Königlichen Haupt- u. Residenzstadt.

Bekanntmachung.

Durch die Bekanntmachung vom 24. September 1915 — IIg Nr. 112 843 — sind Personen, die sich um die Ermittelung oder Festnahme entwichener Kriegsgefangener besonders verdient gemacht haben, neben öffentlicher Belobigung auch Belohnungen in Form von Geldbewilligungen zugesagt worden.

Bei tatkräftigem Mitwirken an der Verhütung oder Entdeckung des absichtlichen Verderbens oder Vernichtens von Nahrungs- und [illegible] durch **Kriegsgefangene** und andere **Ausländer** findet diese Bekanntmachung sinngemäß Anwendung.

Der stellv. Kommandierende General.

[illegible]

Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarkt-Inserate
in der Volkswacht kosten die kleine Zeile
nur 15 Pfennige

Mehrere ältere Arbeiter für den Holzplatz, ferner
Stellmacher u. Wagenschmiede
finden dauernde Arbeit bei [illegible]

Stellmacher
auch Kriegsverletzter wird gesucht. Meldungen vormittag 8 bis 9 Uhr.
Städt. Friedhofverwaltung, Oswitzerstr.

1 Heizer
für Kesselfeuerung per sofort sucht 2514
Faßfabrik Heine, Ende Lohestraße.

Kauf

Bitte zur Beachtung! Ich kaufe gebr. Möbel, alte Sofas, Matratzen, ganze Wohnungs-Einrichtungen zu höchsten Preisen. 2512
Wahler, Friedrichstr. 17.

Frauenhaare kauft zu höchsten Preisen U. Lohnberg, [illegible] [1854

Verkauf

Kräftiger Zug- u. Wachhund zu verkauf. [illegible]

Am Sonntag, den 24. Juni, verkauft **eine Bulldogge** [illegible]

Fliegen-Hüte, -Leim
in großen u. kleinen Posten abzugeben
A. Hentschel, Schweidnitzerstr. 31, I.

Inserate in der Volkswacht
sind deshalb besonders wertvoll, weil jedes Inserat bestimmt gelesen wird und weil die vielen tausend Familien, deren Organ die Volkswacht ist, bei ihren Einkäufen unter allen Umständen in erster Linie [illegible]

Bekanntmachung

Nr. Mc. 1/3. 17. R. R. A.

betreffend Beschlagnahme und freiwillige Ablieferung von Einrichtungsgegenständen aus Kupfer und Kupferlegierungen (Messing, Rotguß, Tombak, Bronze).

Vom 20. Juni 1917.

Nachstehende Bekanntmachung wird auf Ersuchen des Königlichen Kriegsministeriums hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerken, daß, soweit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verwirkt sind, jede Zuwiderhandlung gegen die Beschlagnahmevorschriften nach § 6*) der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf in der Fassung vom 20. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 378) und jede Zuwiderhandlung gegen die Meldepflicht nach § 5**) der Bekanntmachungen über Vorratserhebungen vom 2. Februar 1915, 8. September 1915 und 21. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 54, 549 und 664) bestraft wird. Auch kann der Betrieb des Handelsgewerbes gemäß der Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 603) untersagt werden.

§ 1.

Inkrafttreten der Bekanntmachung.

Die Bekanntmachung tritt mit dem Beginn des 20. Juni 1917 in Kraft.

§ 2.

Von der Bekanntmachung betroffene Gegenstände.

Von der Bekanntmachung werden sämtliche aus Kupfer und Kupferlegierungen (Messing, Rotguß, Tombak und Bronze) bestehenden Gegenstände der nachfolgenden Gruppen betroffen, soweit sie nicht zur gewerbsmäßigen Veräußerung oder Verarbeitung bestimmt sind:

Gruppe A. (Lfde. Nr. 1 bis 13.)

1. Außer Betrieb gesetzte Hauswasserpumpen und Rohrleitungen dazu;
2. Barrierenstangen aller Art nebst Pfosten und Stützen;
3. Buchstaben von Firmen- und Namenbezeichnungen;
4. Garderobenhaken, Huthaken, Mantelhaken;
5. Gardinenrosetten, Gardinenhalter, Gardinenschnurquasten;
6. Gardinenstangen, Vorhangstangen, Portierenstangen sowie Ringe;
7. Arbeiterkontrollmarken, Garderobenmarken, Jahlmarken;
8. Schutzstangen und Schutzgitter an Fenstern und Türen aller Art, auch solche von Untergrundbahnen, von Straßenbahnwagen, von Kraftwagen, von Jachten, von Schiffen, von Schaufenstern, von Ladentüren, von Drehtüren, von Windfangtüren und von Fahrstuhltüren;
9. Stoßbleche und Sockelbleche an Ein- und Durchgangstüren aller Art, an Ladentheken, an Schankbüfetts, an Ladentischen, an Säulen und Pfeilern;
10. Treppenläuferstangen, Treppenläuferstangen-Endknöpfe;
11. Treppenschutzstangen und -geländer, welche an Wänden angebracht, also nicht freistehend sind, sowie Endigungen und Halter dazu;
12. Wärmflaschen;
13. Hohlmaße (Meßgefäße).

Gruppe B. (Lfde. Nr. 14 bis 32.)

14. Verschraubte, aufgesteckte, verstiftete Zierknöpfe an Gittern, an Treppengeländern, an eisernen oder hölzernen Garderobenhaken, an Garderobenablagen, an Garderobenständern, an Garderobengarnituren, an Schirmständern und an Betten;
15. abschraubbaren und aushängbare Kerzenleuchter von Klavieren;
16. Aushängeschilder (Becken) der Barbiere;
17. Ausstellstangen, Windenkasten und Dächer von Markisen;
18. Bekleidungen von Heizkörpern;
19. Briefkastenschilder, Briefeinwürfe, soweit diese selbst nicht eingemauert sind;
20. Füllungen und Handleisten von Geländern und Ballongittern;
21. Garderobenständer, Garderobenablagen und Schirmständer aus Stangen, aus Stäben und aus Röhren;
22. Geländer und Griffe von Badewannen und Bädern;
23. Gewichte über 100 g Stückgewicht;
24. Griffe, Ketten und Stangen zur Betätigung von Ventilationsklappen, von Ventilationsschiebern u. dgl.;
25. innere und äußere Bekleidungen (nicht Tragekonstruktionen) von Haustüren, von Korridor- und Zimmertüren, von Ladentüren, von Windfangtüren, von Drehtüren, von Fahrstuhltüren u. dgl., von Türrahmen, von Türnischen (Leibungen);
26. innere und äußere Bekleidungen (nicht Tragekonstruktionen) von Fenstern, von Schaufenstern, von Schaukasten, von Vitrinen und von Ausstellschränken;
27. innere und äußere Bekleidungen (nicht Tragekonstruktionen) von Kassenschaltern, von Fahrkartenkabinen, von Fahrstuhlumwehrungen und von Telephonkabinen;
28. Namen-, Firmen- und Bezeichnungsschilder über 250 qcm Fläche (auch solche von Bahnen, Schiffen, Maschinen usw., jedoch nicht Bezeichnungsschilder von Maschinen);
29. Pfeiler- und Füllungsbekleidungen an Fassaden, soweit sie nicht eingemauert sind;
30. Türklopfer;
31. Türknöpfe, Türgriffe, Türhandhaben, Türstangen (nebst zugehörigen Unterlagscheiben) — soweit sie nicht drehbar und nicht verschiebbar sind, also z. B. nicht wie Türklinken zur unmittelbaren Betätigung eines Schlosses dienen — an Haustüren, an Korridor- und an Zimmertüren, an Ladentüren, an Drehtüren, an Windfangtüren und an Fahrstuhltüren;
32. Ventilationsklappen, Luftgitter.

Gruppe C. (Lfde. Nr. 33 bis 36.)

33. Handtuchhalter, Schwammhalter, Seifenhalter, Wäschehaken, Wäschekörbe;
34. Pfeiler- und Füllungsbekleidungen von Schanktischen, von Büfetts, von Ladentischen u. dgl., soweit sie für gewerbliche Zwecke bestimmt sind;
35. Tropfbecke und sonstige lose Teile von Schanktischen, von Büfetts, von Ladentischen u. dgl., soweit sie für gewerbliche Zwecke bestimmt sind;
36. Gegenstände der Schaufensterdekoration und Geschäftsausstattung, auch Zubehörteile dazu, wie Aufschraubbücher, Zigarrenablagen, Dekorationsständer, Drahtständer, Gestelle und Halter, Handschuhblutstifte, Hutarme und Hutständer, Kartenständer und -halter, Metallständer, Metallbüstenspitzen, Messingbaken, Metallrahmen, Messingzahlplatten, Metallarme.

Vorstehende Gegenstände der Gruppen A, B und C fallen auch dann unter die Bekanntmachung, wenn sie mit einem Überzug aus Metall, Lack, Farbe u. dgl. versehen sind.

§ 3.

Ausnahmen.

Ausgenommen von den Bestimmungen dieser Bekanntmachung sind solche der nach § 2 betroffenen Gegenstände, bei denen Kupfer oder Kupferlegierungen nur als Überzug oder Plattierung über einem durch diese Bekanntmachung nicht beschlagnahmten Material verwendet sind. Hierzu gehören insbesondere alle diejenigen, sehr häufig vorkommenden Gardinen- und Portierenstangen, Treppenläuferstangen, Rohre an Schirmständern u. dgl., die aus mit Messingblech überzogenem Eisen bestehen.

Dagegen begründet die Verbindung eines nach § 2 beschlagnahmten Gegenstandes mit einer aus nicht beschlagnahmtem Material bestehenden Tragekonstruktion, wie bei Bekleidungen an Türen, Schaufenstern, Schaukasten oder bei auf Holz montierten Garderobenhaken, keine Ausnahme von den Bestimmungen dieser Bekanntmachung.

Beschläge an Möbeln aller Art fallen nicht unter die Bekanntmachung, soweit sie nicht in § 2 besonders genannt sind.

Weiterhin sind ausgenommen: Buchstaben, Namenschilder und Bezeichnungsschilder von Denkmälern und Grabstätten, Gewichte für analytische Wagen.

§ 4.

Von der Bekanntmachung betroffene Personen, Betriebe usw.

Von der Bekanntmachung werden betroffen:

alle Besitzer (natürliche und juristische Personen, einschließlich öffentlich-rechtlicher Körperschaften und Verbände*) der nach § 2 dieser Bekanntmachung betroffenen Gegenstände.

§ 5.

Beschlagnahme.

Alle von dieser Bekanntmachung betroffenen Gegenstände (§ 2) werden hiermit beschlagnahmt.

§ 6.

Wirkung der Beschlagnahme.

Die Beschlagnahme hat die Wirkung, daß die Vornahme von Veränderungen an den von ihr betroffenen Gegenständen verboten ist und rechtsgeschäftliche Verfügungen über sie nichtig sind, soweit sie nicht ausdrücklich auf Grund der folgenden Bestimmungen oder einer weiter ergehenden Anordnung erlaubt werden. Den rechtsgeschäftlichen Verfügungen stehen Verfügungen gleich, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen.

Trotz der Beschlagnahme sind alle Veränderungen und Verfügungen zulässig, die mit Zustimmung der mit der Durchführung der Bekanntmachung beauftragten Behörden erfolgen.

Die Befugnis zum einstweiligen ordnungsmäßigen Gebrauch der beschlagnahmten Gegenstände bleibt unberührt.

§ 7.

Freiwillige Ablieferung der beschlagnahmten Gegenstände und Übernahmepreise.

Die beschlagnahmten Gegenstände können bis auf weiteres gemäß den Ausführungsbestimmungen der zuständigen beauftragten Behörde freiwillig zu den nachstehend genannten Übernahmepreisen an die Sammelstellen abgeliefert werden.

Die von den beauftragten Behörden zu zahlenden Übernahmepreise werden wie folgt festgesetzt:

	Übernahmepreis für 1 kg	
	Kupfer	Kupferlegierungen
Gruppe A	5,50	4,00 Mark
Gruppe B	5,75	4,25 „
Gruppe C	6,50	5,00 „

Hierzu wird ein Zuschlag von 1 Mark für 1 kg gewährt, wenn die freiwillige Ablieferung bis zum 31. August 1917 erfolgt.

Etwa an den Gegenständen haftende, nicht aus Kupfer oder Kupferlegierungen bestehende Teile sind vor der Ablieferung zu entfernen. Das Gewicht der nicht vorher entfernten Teile wird geschätzt und vom Gesamtgewicht des Gegenstandes abgesetzt.

Diese Übernahmepreise enthalten den Gegenwert für die abgelieferten Gegenstände einschließlich aller mit der Ablieferung verbundenen Zahlungen.

Irgend eine andere Preisfestsetzung, also auch eine Inanspruchnahme des Reichsschiedsgerichts für Kriegswirtschaft ist bei freiwilliger Ablieferung ausgeschlossen.

§ 8.

Meldepflicht und Enteignung.

Nach Ablauf der Frist für freiwillige Ablieferung sind die beschlagnahmten Gegenstände zu melden. Das Eigentum wird auf das Reichsmilitärfiskus übergehen, sie werden nötigenfalls zwangsweise abgeholt werden. Nähere Bestimmungen hierüber werden noch bekannt gemacht.

§ 9.

Durchführung der Bekanntmachung.

Mit der Durchführung dieser Bekanntmachung werden dieselben Kommunalverbände beauftragt, denen bereits die Durchführung der Bekanntmachung M. 1/3. 16. R. R. A. vom 1. Oktober 1916 betreffend Beschlagnahme, Bestandserhebung und Enteignung von Bierglasdeckeln und Bierkrugdeckeln aus Zinn und freiwillige Ablieferung von anderen Zinngegenständen übertragen worden ist. Diese erlassen auch die Ausführungsbestimmungen hinsichtlich der Ablieferung der beschlagnahmten Gegenstände.

§ 10.

Anfragen und Anträge.

Alle Anfragen und Anträge, die die vorstehende Bekanntmachung betreffen, sind an die beauftragten Kommunalbehörden zu richten und mit der Bezeichnung „Betrifft Einrichtungsgegenstände" zu versehen und dürfen andere Angelegenheiten nicht behandeln.

Breslau, den 20. Juni 1917.

Der Stellvertretende Kommandierende General des VI. Armeekorps.
von Heinemann,
Generalleutnant.

*) Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark wird, sofern nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verwirkt sind, bestraft:
1. wer der Verpflichtung, die beschlagnahmten Gegenstände herauszugeben oder sie auf Verlangen des Erwerbers zu überbringen oder zu übersenden, zuwiderhandelt;
2. wer unbefugt einen beschlagnahmten Gegenstand beiseiteschafft, beschädigt oder zerstört, verwendet, veräußert oder kauft oder ein anderes Veränderungs- oder Erwerbsgeschäft über ihn abschließt;
3. wer der Verpflichtung, die beschlagnahmten Gegenstände zu verwahren und pfleglich zu behandeln, zuwiderhandelt;
4. wer den erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

**) Wer vorsätzlich die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Bekanntmachung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark bestraft, auch können Vorräte, die verschwiegen sind, im Urteile für dem Staate verfallen erklärt werden. Ebenso wird bestraft, wer vorsätzlich die vorgeschriebenen Angaben einzurichten oder zu führen unterläßt.

Wer fahrlässig die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Bekanntmachung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft. Ebenso wird bestraft, wer fahrlässig die vorgeschriebenen Angaben einzurichten oder zu führen unterläßt.

*) Demgemäß erstreckt sich die Beschlagnahme auch auf Gegenstände in kirchlichem, stiftischem, kommunalem, Reichs- oder Staatsbesitz.

Ausführungsbestimmungen

zu der Bekanntmachung Nr. Mc. 1/3. 17 R. R. A., betreffend Beschlagnahme und freiwillige Ablieferung von Einrichtungsgegenständen aus Kupfer- und Kupferlegierungen (Messing, Rotguß, Tombak, Bronze). Vom 20. Juni 1917.

Zu §§ 2, 3 und 4.

Zweifel darüber, ob Gegenstände unter die Bekanntmachung fallen, sind der Metall-Beschlagnahmestelle, Blücherplatz 14 II, mitzuteilen, wo eine Beratungsstelle eingerichtet ist, die werktäglich von 8 bis 8 Uhr Auskunft erteilt, ob beispielsweise der eine oder andere Gegenstand unter die Aufzählung des § 2 der Bekanntmachung fällt, vor allem ob die Gegenstände aus Kupfer oder Kupferlegierungen bestehen oder nur mit diesen überzogen sind usw. Die Beratungsstelle ist auch verpflichtet, auf Wunsch der Betroffenen die Gegenstände bei diesen selbst besichtigen zu lassen, wenn es sich um Gegenstände der Gruppe B, Ziffer 17, 20, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 31 und Gruppe C, Ziffer 34 handelt. Auch in den unten angegebenen Sammelstellen wird vom Tage ihrer Eröffnung an Auskunft erteilt werden.

Nach der Bekanntmachung werden lediglich die im § 2 namentlich aufgeführten Gegenstände betroffen. Ob es sich um solche aus Kupfer und Kupferlegierungen bestehende Gegenstände oder um solche Gegenstände handelt, bei denen Kupfer oder Kupferlegierungen nur als Überzug oder Plattierung auf Eisen [illegible]

[illegible]

findlichen Wasserpumpen ist in der Hauptsache an die in ländlichen Gemeinden vielfach stillgelegten Hauswasserpumpen gedacht worden.

Zu Gruppe A, Ziffer 2. Barrierenstangen nebst Pfosten und Stützen sind die meist vor Schaufenstern, Schaukästen u. dergl. angebrachten Schutzstangen, welche bezwecken, einen Zwischenraum zwischen dem besichtigenden Publikum und den ausgestellten Gegenständen oder Schaufenstern zum Schutze der beiden letzteren abzugrenzen. Auch kommen diese Barrierenstangen beispielsweise an Kassen häufig vor, um das Publikum zur Einhaltung eines bestimmten Weges zu zwingen.

Zu Gruppe A, Ziffer 6 und 10. Bei Gardinenstangen, Vorhangstangen, Treppenläuferstangen u. dergl. muß darauf geachtet werden, daß nur solche beschlagnahmt sind, welche aus Kupfer und Kupferlegierungen bestehen; gerade diese Gegenstände werden vielfach in mit Messing überzogenem Eisenrohr ausgeführt.

Die Ringe zu Gardinenstangen und die Treppenläuferstangen-Endknöpfe sind dagegen fast durchweg in Kupferlegierungen ausgeführt. Treppenläuferstangen-Endknöpfe fallen auch dann unter die Bekanntmachung, wenn sie zu Treppenläuferstangen aus Eisen mit Messing überzogen gehören.

Treppenläufer- und Gardinenstangen-Oesen sind nicht in die Beschlagnahme einbezogen worden, damit diese zur Befestigung von Gardinenstangen benutzt werden können. Sie können aber, wenn sie abgeliefert werden, zu den gleichen Preisen und Bedingungen, wie die Treppenläuferstangen selbst angenommen werden.

Zu Gruppe A, Ziffer 8. Schutzstangen und Schutzgitter bestehen fast durchweg aus Kupfer und Kupferlegierungen, zumal wenn dieselben irgend eine Biegung aufweisen. Eiserne mit Messing überzogene Gegenstände lassen sich nicht in gebogener Form bringen. Es könnte sich höchstens darum handeln, daß vorher gebogene eiserne Gegenstände nachher galvanisch vermessingt werden, was aber in der Praxis selten ausgeführt wurde.

Zu Gruppe B, Ziffer 19 und 29. Bei Briefkastenschildern und Briefeinwürfen, bei Pfeiler- und Füllungsbekleidungen an Fassaden sind diejenigen ausgenommen worden, welche eingemauert sind. In den meisten Fällen sind diese Gegenstände verdeckt an Steinschrauben angeschraubt, sodaß der Ausnahmefall nicht gegeben ist.

Zu Gruppe B, Ziffer 20. Unter Füllungen von Geländern sind die zwischen den Stützen befindlichen Auskleidungen, vielfach in Blechform, verstanden. Dieselben werden in den meisten Fällen entfernt werden müssen, da vielfach die baupolizeilichen Vorschriften bestimmte Stababstände vorschreiben.

Die Handleisten sind meist auf eisernen Tragekonstruktionen aufgebracht, sodaß sie ohne weiteres entbehrt werden können.

Zu Gruppe B, Ziffer 25, 26 und 27. Die durch die Bekanntmachung betroffenen inneren und äußeren Bekleidungen von Türen, Fenstern, Kassenschaltern usw. sind fast durchweg auf anderweitige Tragekonstruktion aufgebracht, sodaß nach deren Entfernung die Türen usw. selbst noch immer brauchbar bleiben. Die Bekleidungen sind meist aufgeschraubt. Die Verschraubung ist sehr häufig von außen unsichtbar ausgeführt, sodaß die Entfernung von der Rückseite aus geschehen muß.

Zu Gruppe B, Ziffer 31. Türknöpfe, Türgriffe usw. können entbehrt werden, da solche Türknöpfe, welche zur Betätigung eines Schlosses dienen, ausgenommen sind. Die Schließfähigkeit der Türen ist demnach gewahrt.

Zu Gruppe C, Ziffer 36. Hier ist darauf zu achten, daß die genannten Gegenstände nur dann unter die Bekanntmachung fallen, wenn sie „Gegenstände der Schaufensterdekoration und Geschäftsausstattung" sind. Die gleichen Gegenstände fallen nicht unter die Bekanntmachung, wenn sie sich im Besitze von Privaten befinden.

Zu § 7.

Zur Entgegennahme der nach § 2 betroffenen Gegenstände werden vom 2. Juli an folgende Sammelstellen werktäglich von 9—2 Uhr offen gehalten:

Rossmarkt 3, Laden,
Siebenhufener Straße 33, alte Gasanstalt,
Rosentaler Straße 3, Laden.

Weitere Sammelstellen werden nach Bedarf eröffnet und bekannt gegeben werden. Die Ablieferung der Gegenstände an andere Stellen als an diese behördlichen Sammelstellen ist verboten. Der Ablieferer hat bei der Ablieferung die genaue Adresse des Eigentümers der abgelieferten Gegenstände anzugeben. Er soll beim Packen der Gegenstände und beim Wiegen zugegen sein, weil spätere Beanstandungen nicht berücksichtigt werden können. Es wird dringend geraten, eine unterrichtete und zuverlässige Person mit der Ablieferung zu betrauen, wenn persönliche Ablieferung nicht möglich ist. Der Ablieferer wird, wenn er nicht der Besitzer selbst ist, als Bevollmächtigter des Besitzers betrachtet, doch kann ein Ausweis gefordert werden. Kinder unter 14 Jahren können von der Ablieferung zurückgewiesen werden. Der Ablieferer erhält in der Sammelstelle einen „Anerkenntnisschein" ausgestellt, aus dem das Gewicht der abgelieferten Gegenstände, der Uebernahmepreis, die genaue Adresse des Eigentümers und die Zahlstelle hervorgehen.

Auf Grund des Anerkenntnisscheines wird der darin festgesetzte Betrag am nächsten Werktage nach dem Tage der Ablieferung und bis 4 Wochen nach dem Ablieferungstage im städtischen Einziehungsamt, Elisabethstraße 9a, Stadthaus, von 8 bis 1 Uhr, an den bezeichneten Eigentümer ausgezahlt, es sei denn, daß über die Person des Berechtigten Zweifel bestehen. Eine Bescheinigung des gezahlten Betrages wird verabfolgt. Die den Anerkenntnisschein in der Kasse zur Einlösung vorlegende Person wird als zur Empfangnahme des Geldes berechtigt betrachtet, doch kann ein Ausweis gefordert werden. Auf Wunsch erfolgt auch bargeldlose Ueberweisung. Die Annahme des Anerkenntnisscheines oder der Zahlung schließt die Geltendmachung weiterer Ansprüche aus. Anerkenntnisscheine, die innerhalb 4 Wochen nach dem Ablieferungstage nicht eingelöst worden sind, verfallen. Verlorene Anerkenntnisscheine sind nach § 1029 der Zivilprozeßordnung aufzubieten.

Ist es dem Betroffenen nicht möglich, die beschlagnahmten Gegenstände freiwillig abzuliefern, weil er sich nachweislich keinen Arbeiter oder Handwerker zum Ausbau verschaffen konnte, so kann der Betroffene auf einen Vordruck, der in dem Bureau Blücherplatz 14, II, und in allen Sammelstellen erhältlich ist, die Nachweisung der erforderlichen Hilfskräfte beantragen.

Die Bezahlung der Hilfskräfte liegt dem Beteiligten ob.

Die Stellung von Arbeitern und Handwerkern kommt nur für die Gegenstände der Gruppe B, Ziffer 17, 20, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 31 und der Gruppe C, Ziffer 34 in Betracht.

Die Anträge sind bis zum 31. Juli 1917 einzureichen.

Anfragen und Anträge sind an die Metall-Beschlagnahmestelle, Blücherplatz Nr. 14, II, Dienststunden von 8 bis 8 Uhr, Fernsprecher Magistrats-Amt 31 zu richten.

Breslau, 19. Juni 1917.

[illegible]